

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 18. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 24. Januar 2018  
 Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
 Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat  
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
 Philippe Hofmann (entschuldigt)  
 Roman Klauser  
 Christoph Morat  
 Thomas Pfaff  
 Franz Vogt  
 Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Ueli Keller, Ursula Krieger, Andreas, Lavicka, Simon Maurer, Maya Meisel, Niklaus Morat, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Mirjam Benz, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Patrick Lautenschlager, Jérôme Mollat, Melina Schellenberg, Christian Stocker Arnet

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22  
 18.55 Uhr 33 Anwesende = 22

---

### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 27.12.2015, betreffend **„Projekt Skulpturenführer Allschwil 2015 – 200 Jahre Allschwil“**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4267 / A
  
2. Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017, zum Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 18.05.2016, betreffend **Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten)**  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4294 / A
  
3. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, zum Postulat von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 05.12.2016, betreffend **Zonenplanarchitektur**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4320 / A
  
4. Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion und Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 26.04.2017, betreffend **„Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport“**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4335 / A
  
5. Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 04.09.2017, betreffend **Stand: „Biodiversität in der Gemeinde Allschwil“**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4351 / A
  
6. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 05.09.2017, betreffend **Support für Gemeinschaftsbildung (in der Zivilgesellschaft)**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4348
  
7. Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 17.10.2017, betreffend **Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4358

#### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

#### **Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 24. Januar 2018**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

## **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Simon Maurer

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

#### **[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Simon Maurer**, Präsident: Ich begrüsse alle zur ersten Einwohnerratssitzung im Neuen Jahr. Ich hoffe, Ihr hattet alle schöne Festtage und seid gut gerutscht.

Zu den Mitteilungen: Als Erstes möchte ich bekannt geben, dass Maya Meisel per 31. Januar 2018 ihren Rücktritt bekannt gegeben hat. Ich wünsche Maya Meisel namens des ganzen Büros alles Gute für die weitere Zukunft – und wer weiss, vielleicht sieht man sich ja wieder einmal hier drin. Vielen Dank für die Mitarbeit und weiterhin gutes Gelingen!

Sodann habe ich eine Einladung bekommen vom Kammerorchester Allschwil zu einem Konzert am 4. Februar. Ich habe zwei Freikarten. Leider bin ich verhindert. Wer Interesse hat, darf gerne in der Pause die eine oder beide Freikarten bei mir anholen und das Konzert besuchen.

Im Weiteren ist mir mitgeteilt worden, dass die Pausenverpflegung neu vom «Pausenbrot» gemacht wird. Lily Degen, die es bis jetzt machte, kann es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr tun.

Mir liegt keine dringliche Interpellation vor und es liegt mir auch kein dringliches Postulat oder eine dringliche Motion vor. Sonstige Vorstösse, die eingegangen sind, sind diese: Geschäft 4371, Postulat betreffend «Tagesferien auch in Allschwil» von Ueli Keller, sowie, soeben von der SP-Fraktion abgegeben, ein Verfahrenspostulat betreffend «Digitaler Zugang zu sämtlichen ER-Geschäften». Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass Ihnen diese rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich muss mich beim Rat entschuldigen. Wir haben versucht, die Fireko zusammenzubringen, sind aber gescheitert. Somit sind wir nicht in der Lage, zur Entgegennahme des Postulats gemäss Traktandum 2, Geschäft 4294, irgendetwas zu sagen. Darum beantragen wir, dieses Traktandum nochmals zu verschieben.

**://:**

Dem Antrag, Traktandum 2 – Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017 zum Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 18.5.2016, betreffend Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten) – erneut zu verschieben, wird einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat kann nachvollziehen, dass das Geschäft nochmals verschoben wird. Trotzdem denke ich, darf man ans Herz legen, dass man vielleicht heute Abend schon unter den Fireko-Mitgliedern einen Termin sucht, damit man dann möglichst auch einen findet, sodass wir in vier Wochen nicht wieder dastehen und das Geschäft nochmals verschieben müssen. Ich erlaube mir, das bei dieser Gelegenheit zu sagen, weil jetzt auch noch Ferien anstehen. Fasnachtsferien und die Fasnachtsvorbereitung braucht für den einen oder anderen vielleicht auch noch ein bisschen Zeit, darum könnte es vielleicht ein wenig knapp werden. Darum mein Appell, möglichst heute zu schauen, dass es einen Termin gibt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir weisen immer vehement den Gemeinderat daraufhin, dass er seine Termine einhalten soll, und wenn nicht, dann setzt es Rüffel. Wir haben das jetzt zweimal verschoben. Wir wissen alle, dass die GPK und die Fireko diejenigen Kommissionen sind, die wahrscheinlich am

meisten Aufwand bedeuten. Da sollte es doch möglich sein, innerhalb eines Monats einen Termin abzumachen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich beantrage, Traktandum 3, Zonenplanarchitektur, abzusetzen, dies aus zwei Gründen. Erstens ist der Postulant heute nicht anwesend, was ja schon Grund genug für eine Absetzung wäre. Zweitens möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Wenn wir das beraten, wird daraus wahrscheinlich eine ziemliche Detailberatung. Es ist ja ein Mail des Postulaten rundgegangen, das die Problematik zu vertiefen versucht. Wir haben einen § 59 der Geschäftsordnung, der besagt, dass Geschäfte grundsätzlich zur Vorbereitung in eine Kommission gehen, wenn der Rat nicht etwas anderes beschliesst. Ich finde, dies ist ein Geschäft, das wegen der damit verbundenen Detailfragen zuerst einmal in die Baukommission gehört. Ich hätte das gern zuerst dort beraten und gewisse Fragen gestellt, auch solche, die man nicht hier drin öffentlich behandeln kann, sondern nur unter dem Kommissionsgeheimnis.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich habe von Christian Stocker Arnet, der heute leider grippehalber abwesend ist, den Auftrag erhalten zu beantragen, dass das Traktandum auf die nächste Sitzung verschoben, aber nicht ganz gestrichen wird. Diesen Antrag stelle ich hiermit. Zum Antrag von Matthias Häuptli müsste ich Christian Stocker fragen, wie er das sieht. Vielleicht will ja auch die Baukommission etwas dazu sagen. Ich weiss nur, dass Christian Stocker schon im Vorfeld diverse Kontakte mit anderen Fraktionen hatte und dabei heraushörte, dass nicht allzu viel Diskussionspotenzial vorhanden sei.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich erlaube mir, auch dazu zwei, drei Dinge zu sagen. Dass das Thema ganz abgesetzt und zuerst in die Baukommission gebracht werden müsste, sehe ich überhaupt nicht. Es ist kein reines Baugeschäft, sondern es geht mehr um verfahrenstechnische Fragen. Ich weiss nicht, ob das Vorgehen, das Christian Stocker Arnet gewählt hat, überhaupt richtig ist. Ich bin der Meinung: Es wurde ein Postulat eingereicht. Der Gemeinderat war bereit, es entgegenzunehmen. Wir haben die Fragen beantwortet, wir haben alles beantwortet, was beantwortet werden musste. Für uns ist das Geschäft in dem Sinne abgeschlossen. Wenn jetzt neue Anträge kommen, dann würde ich meinen – und das meint der ganze Gemeinderat – dann ist die Sache eigentlich auf dem falschen Weg. Dann müsste nämlich jetzt eine Motion eingereicht oder ein anderes Vorgehen gewählt werden. Aber so, wie es jetzt gemacht wurde, geht es sicher nicht. Denn der Gemeinderat hat ja eine Verpflichtung, aufgrund eines überwiesenen Postulats eine Antwort zu geben. Diese Antwort hat er, wie gesagt, vollumfänglich gegeben. Er ist der Meinung, dass die Sache damit abgeschlossen ist. Es kann nicht sein, dass man mit neuen Anträgen kommt und sie denjenigen gegenüberstellt, die der Gemeinderat bei der Beantwortung des Postulats vorliegen hatte. Was Sie tun können, ist, das Postulat nicht abzuschreiben. Das wäre möglich. Oder, wie gesagt, eine Motion einzureichen. Aber der jetzt gewählte Weg ist sicher nicht zulässig.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Mit allem Respekt: Ich gehe jetzt nur darauf ein, ob die Traktandenliste so genehmigt wird oder nicht. Die Diskussion darüber, welches Vorgehen korrekt ist, kann man dann in der nächsten Sitzung führen. Jetzt geht es nur um die Traktandenliste.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Als Präsident der Kommission für Bau und Umwelt sehe ich nicht, dass wir dieses Geschäft bei uns vorberaten sollten. Ich denke, wir können dem Verschiebungsantrag der SP zustimmen und das Geschäft in der nächsten Einwohnerratssitzung behandeln.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Jetzt muss ich doch ein bisschen eklig werden. Es steht einfach in Gottes Namen in unserer Geschäftsordnung, dass es an die Kommission zu gehen hat. Ich habe nirgends vernommen, dass ein Antrag auf direkte Beratung gestellt worden sei. Es wurde auch nirgends begründet, warum eine direkte Beratung stattfinden soll. Es ist eine Routine, dass ein Geschäft in die Kommission geht, nimmt das doch bitte zur Kenntnis. Das ist ja kein Ausnahmefall. Es wird hier drin ständig so gehandelt, als wäre es eine Ausnahme, ein Geschäft in die Kommission zu geben. Die Kommission hat ja sowieso ihre Sitzungstermine, da kann man doch auch dieses Geschäft einmal traktandieren. Ich verstehe das nicht.

**Simon Maurer**, Präsident: Meiner Meinung nach hätte das Geschäft schon vorgängig durch Beschluss des Rats an die Kommission überwiesen werden sollen, aber nicht während der Beantwortung. Darum bin ich jetzt ein bisschen irritiert.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das Geschäftsreglement sagt: Der Bericht des Gemeinderates geht in die Kommission – nicht das Postulat, wenn es überwiesen wird. Erst wenn der

Bericht des Gemeinderates vorliegt, geht dieser in die Kommission. Der Gemeinderat hat seine Arbeit getan, das stelle ich gar nicht infrage. Und ich bin auch einverstanden mit der Gemeindepräsidentin, dass die gestellten Anträge so nicht wirklich zulässig sind. Aber es gibt Dinge, die kann man in der Kommission abhandeln, besprechen und beantworten, und dann ist das Thema wirklich gegessen; und dann muss nicht auch noch eine weitere Motion eingereicht werden, wenn man nicht ganz zufrieden ist. Das ist doch gar nicht effizient, wenn wir das jetzt auf diese Weise abwürgen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich gebe das Wort kurz an Ruedi Spinnler.

**Rudolf Spinnler**, Rechtsdienst: Meiner Meinung nach ist das Geschäftsreglement so aufgebaut: Unter «D Geschäfte» gibt es zuerst einen Abschnitt «I. Parlamentarische Vorstösse», wo dieselben behandelt werden, danach folgt Abschnitt «II. Berichte an den Rat». Unter diesem Abschnitt II. kommt der § 59, der von der Überweisung an Kommissionen handelt. D.h. dieser § 59 findet keine Anwendung bei den parlamentarischen Vorstössen, das haben wir bis jetzt auch noch nie so gehandhabt hier in Allschwil.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich sage jetzt zum letzten Mal etwas dazu. Da war ein Vorstoss, der überwiesen bzw. entgegengenommen wurde. In dieser Phase fiel er unter Abschnitt I. Das Resultat war, dass der Gemeinderat einen Bericht vorlegte. Nun fällt die Sache unter Abschnitt II., §§ 56 bis 59. Ich bin auch Mitglied im Landrat: Dort läuft es genau gleich. – Ich verstehe es nicht. Auch ein Postulat kann man vorberaten. Natürlich kann man keine weiteren Anträge dazu stellen, aber man kann es stehen lassen oder nicht. Und es ist doch sinnvoll, dass man es vorberät. Dann hat man die Sachen, die zu klären sind, geklärt, und muss nicht hier im Plenum noch ein Jekami machen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich denke es war absolut richtig, wie Ruedi Spinnler es formuliert hat. Wir sind halt hier nicht im Landrat, sondern im Einwohnerrat und haben ein eigenes Reglement. Wenn dem so wäre, dass jeder Bericht zu einem Postulat in eine Kommission gegeben werden müsste, dann hätten wir heute beim Traktandum 1 – Bericht des Gemeinderats zum Postulat betreffend «Projekt Skulpturenführer» – das gleiche Thema. Sollen wir den zurückweisen an die zuständige Kommission? So etwas haben wir noch nie gemacht, und das ist auch vom Aufbau des Geschäftsreglements her nicht die Meinung. Ich würde darum beliebt machen, das Traktandum zu verschieben, aber sicher nicht in eine Kommission zu überweisen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Wir denken auch, dass die Angelegenheit nicht noch zusätzlich in die Baukommission gegeben werden muss. Aber wenn man denn so pingelig ist wegen des Gesetzes, dann sehe ich hier unter «Beratung», man dürfe nur zweimal das Wort ergreifen. Herr Häuptli, Sie haben zum dritten Mal zum gleichen Thema geredet. Das ist auch nicht rechtens, aber wir haben es zugelassen und lassen einmal ein Ungerades gerade sein.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich gehe wie folgt vor. Wir stimmen zuerst über den Antrag von Herrn Häuptli ab auf Überweisung an die Baukommission. Falls dieser nicht angenommen wird, stimmen wir über die Absetzung auf der heutigen Traktandenliste ab.

Wer ist für Antrag von Herrn Häuptli auf Überweisung an Baukommission?

**://**

Der Antrag von Matthias Häuptli, das Geschäft 4320 an die Baukommission zu überweisen, wird grossmehrheitlich – gegen 3 Ja bei 1 Enthaltung – abgelehnt.

Wer möchte das Geschäft 4320 Traktandum 3 auf die nächste Sitzung verschieben?

**://**

Dem Antrag von Etienne Winter, das Geschäft 4320 Traktandum 3, auf die nächste Einwohnerratssitzung zu verschieben, wird einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Somit sind Traktandum 2 und 3 auf die nächste Sitzung verschoben und fahren mit dieser Traktandenliste fort.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 27.12.2015, betreffend „Projekt Skulpturenführer Allschwil 2015 – 200 Jahre Allschwil“  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4267 / A

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Vor zwei Jahren, am 28. Dezember 2015, hat Andreas Bammatter ein altes Postulat von ihm nochmals aufgegriffen. Ein erster Versuch war im damaligen Einwohnerrat im Jahr 2014 gescheitert. Er hat die Aufgabe ernst genommen, ist nochmals auf die Piste gegangen und hat nochmals für sein Anliegen gewiebelt. Er konnte Leute aus der Wirtschaft dafür begeistern, dass sie ihm Geld zur Verfügung stellten. Der Gemeinderat hat daraufhin im Januar 2016 eine Entgegennahme beschlossen und musste dann auch gleich in die Hosen steigen, damit ein rechter Bericht dazu entstand. Der Einwohnerrat hat im Herbst letzten Jahres, 2017, schon einmal Stellung genommen zur Rettung dieser Kunstwerke, indem er den Abbruchbewilligungen des Schulhauses Bettenacker und des Schulhauses Gartenstrasse zustimmte. Darin war bereits ein Betrag enthalten für die Rettung der Kunstwerke, die sich in diesen beiden Schulhäusern befinden. Sie sollten eingelagert und dann für den Skulpturenpark wieder verwendet werden. Es brauchte einen rechten Effort aus der Verwaltung. Zum Glück haben wir mit Jean-Marc Wyss einen ausgewiesenen Fachmann für Kultur, er ist auch der Inhaber der Fachstelle Kultur. Er konnte all die wichtigen Puzzleteile verbinden. Welche Puzzleteile das im Einzelnen waren, finden Sie im Bericht, vor allem auf den Seiten 4 und 5. Ein erster Gedanke war, dass eine Karte entstehen könnte, analog der Waldkarte, die ja grossen Erfolg hat und sehr beliebt ist in der Bevölkerung. Aber man merkte, dass dies dem Anspruch von Kulturinteressierten nicht ganz gerecht werden würde. In den Ausführungen auf Seite 4 Mitte wird dies näher begründet. Eine Skulpturenkarte kann zwar alle Skulpturen in Allschwil abbilden. Aber einem interessierten Kunstpublikum aus der Region, das wegen solcher Skulpturen nach Allschwil kommt, kann man mit so einer Karte allein nicht gerecht werden. Interessierte Personen brauchen etwas umfangreichere Angaben zum Künstler und zum Kunstwerk. Jean-Marc Wyss ist der Antwort auf die Frage, wie man diese Dinge einem breiten interessierten Publikum vermitteln kann, sehr nahe gekommen. Dazu kommt, dass ein Tagestourist, der in Allschwil hoffentlich auch übernachtet und sich verpflegt, weitergehende Hinweise für Unternehmungen in Allschwil erhalten sollte, sei es, dass er als Besucher einer Messe in Basel hier ist, sei es, dass er speziell in Allschwil zu Besuch ist. Auch solchen Besuchern sollte man mit einem derartigen Skulpturenführer etwas anbieten, was mit einer Karte allein nicht möglich wäre. Wie wir Ihnen weiterhin sagten, hätte es verwaltungsintern eine Person gegeben, die die Fotografien für den Skulpturenführer hätte erstellen können. Leider arbeitet diese Person aber nicht mehr in Allschwil. Somit muss man diese Fotografien extern anfertigen lassen. Die Fachstelle Kultur schlägt diesbezüglich eine Zusammenarbeit vor mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst in der FHNW. Zu den Kosten: Auf Seite 5 finden Sie eine komplette Auflistung aller Beteiligten und Interessierten. Tab. 2 enthält nicht ganz alle Informationen. Es braucht zusätzliche Textarbeiten, einen zusätzlichen Betrag für die Buchform und einen weiteren Betrag für die Aufschaltung im Internet. Es entsteht ein Gesamtmehrbetrag von ca. CHF 6'000, wie auf Seite 6 unten ausgeführt. Weil aber auf zwei Konten bereits ein Budget vorhanden ist, sieht der Gemeinderat überhaupt keine Probleme, eine Überschreitung der ursprünglich vorgesehenen Kosten um diesen Betrag unter Anwendung von § 162 Gemeindegesetz zu begründen und ihnen in der Rechnung sodann auch zu präsentieren. Zusammengefasst kann man sagen: Mit einem Projektbetrag von insgesamt CHF 30'000 lässt sich wirklich, wie Marc Wyss in seinem Bericht geschrieben hat, ein professionelles und zeitgemässes Produkt herstellen, das den heutigen Anforderungen vollends entspricht. Ich bitte Sie darum, den Anträgen auf Seite 7 des Berichts zuzustimmen und gegebenenfalls den Mehrbetrag mit der Rechnung zu genehmigen.

#### *Allgemeine Beratung*

**Lukas Hess**, SP-Fraktion: Im Namen der SP-Fraktion und von Andreas Bammatter möchte ich mich bei allen Mitwirkenden an diesem Projekt bedanken. Es freut uns, dass es vorwärts geht mit dem Skulpturenführer. Ich möchte noch ein paar andere Punkte hervorheben. Das Projekt Skulpturenführer ist breit abgestützt. Junge Menschen der FHNW können aktiv mitarbeiten, und das lokale Gewerbe trägt das Projekt finanziell mit. Mit dem Skulpturenführer wird der Dorfkern aufgewertet. Er ist wichtig

---

für das Standortmarketing von Allschwil. Und gerade durch die verschiedenen Kommunikationskanäle – Buch, Homepage, Baselland Tourismus sowie die App «Partizip» – können Interessierte schnell und unkompliziert darauf zugreifen und sehen, dass in Allschwil die Kultur einen angemessenen Stellenwert hat. Wir von der SP-Fraktion stimmen den Anträgen des Gemeinderats zu.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe kein Votum zu dem Projekt an sich, abgesehen davon, dass ich sagen möchte, dass ich es ein tolles Projekt finde in verschiedener Hinsicht. Aber ich bin ein bisschen hellhörig geworden bei der Stellungnahme von Gemeinderat Morat, der berichtet hat, dass das Schulhaus Gartenstrasse abgerissen werden soll. Das ist für mich insofern besonders relevant, weil ich im Patronat einer Privatschule bin, die sich für das Haus interessiert.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Da muss ich mich entschuldigen. Du hast richtig vernommen, ich sagte wirklich «Gartenstrasse». Abgebrochen wird selbstverständlich nur das Bettenacker-Schulhaus. Dort sind auch die wichtigeren Kunstwerke. Wir werden selbstverständlich auch Kunstwerke aus dem Schulhaus Gartenstrasse herausnehmen, aber abgebrochen wird es nicht. Da möchte ich mich korrigieren.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich glaube man kann das Projekt unter dem Motto «Qualität vor Quantität» einordnen. Man hat bei der Entwicklung des Produkts versucht, die wichtigen Sachen in den Vordergrund zu rücken, und das scheint uns richtig. Darum kann die FDP-Fraktion dem Skulpturenführer auch zustimmen. Uns ist aber wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass das Projekt, was wir sehr gut finden, massgeblich von privater Seite mitfinanziert wurde und so zum Fliegen kam. Was wir an dem Bericht bemängeln – Christoph Morat ist schon darauf eingegangen – ist die mangelnde Kostentransparenz. Diese ist in dem Bericht nicht voll ausgewiesen. Wenn man Tabelle 2 anschaut, sieht man, dass die Leistung der Gemeinde nicht beziffert ist. Wir sind der Meinung, wenn man eine solche Aufstellung macht, dass auch Leistungen, die von Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeitern erbracht werden, mit Kosten hinterlegt werden sollten, damit man die wahren Kosten sieht. Denn auch diese Leistungen sind etwas wert und sie kosten uns auch etwas, und das soll man offen ausweisen. Wenn man das alles zusammenträgt und die Stunden mit CHF 125 beziffert, dann kommt man doch auf einen stolzen Betrag von CHF 51'000, die man für das Projekt investiert hat. Bei einer Auflage von 500 Stück ergibt das einen Preis für so ein Büchlein von CHF 100. Ich denke, das sollte man den Empfängern mit auf den Weg geben, damit sie es dann auch gebührend behandeln. Wie sich der Bedarf entwickeln wird, werden wir in der nächsten Zeit sehen. Wir hoffen, er entwickle sich gut.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats folgen. Wir denken, dass wir mit dem Skulpturenführer, so, wie wir ihn heute vorgelegt bekommen, ein schönes Produkt in Händen haben. Bezüglich der Ausführung, die in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung erfolgen soll, möchte ich aber noch nachfragen, ob es nicht auch die Möglichkeit gäbe, gerade bei der Ausführung und Umsetzung eines solchen Projekts mit Gewerbetreibenden aus Allschwil zusammenzuarbeiten. Das hielte ich für sinnvoller, als wenn man die Hochschule einbezieht. Gäbe es nicht geeignete Unternehmen in unserem Einzugsgebiet?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte auf zwei Dinge eingehen. Die Anregung von Florian Spiegel hinsichtlich des Fotografen nehmen wir gerne nochmals mit und schauen, ob wir diese Leistungen anderweitig einkaufen können. Wir waren einfach der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit der Hochschule kostenmässig relativ günstig sein würde, und dass andererseits junge Menschen von einem Projekt profitieren könnten, das auch tatsächlich umgesetzt wird. Man muss ja auf der Schule viele Übungen machen, die nicht zur praktischen Umsetzung kommen. Aber wir werden der aufgeworfenen Frage nachgehen.

Zum Votum von Andreas Bärtsch: Es stimmt, hier geht Qualität vor Quantität. Ich habe mich gerade vorhin mit Franz Vogt darüber unterhalten, ob wir einen gültigen Stundenansatz haben. Der Werkhof ist einmal von ca. CHF 80 ausgegangen. Wir haben das dann einmal kritisch hinterfragt und fanden, das sei ein wenig hoch. Die CHF 125 sind sicher ein hoch gegriffener Betrag; wenn man den herunterbuchstabiert, kommt man auf eine andere Zahl. Aber wir nehmen das gern zur Kenntnis und auch zum Anlass, darüber nachzudenken, wie man bei solchen Projekten tatsächlich die Vollkosten ausweisen kann. Bis jetzt war es einfach so, dass man vor allem die externen Kosten, die budget- und rechnungsrelevant sind, auswies. Die Fachstelle Kultur hatte auch wirklich Freude an dieser Arbeit und hat einen Effort geleistet. Und ich denke, es steht uns als grösster Gemeinde im Kanton Baselland gut an, dass wir unsere Kulturgüter zeigen und stolz darüber berichten. Und wenn wir das mit eigenen Mitteln so auf den Weg bringen können, so nutzen wir diese Chance sehr gerne.

**Simon Maurer**, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine Artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4267 A abgeschlossen sind.

*Abstimmung*

Anträge des Gemeinderats, S. 7

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat 4267 wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

*Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 15.11.2017, zum Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 18.05.2016, betreffend Transparenz im Bildungsbereich zwecks Steuerung und Führung im Primarschulbereich (Primarschulklassen und Kindergärten)  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4294 / A

---

*Vertagt auf die nächste Sitzung.*

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, zum Postulat von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 05.12.2016, betreffend Zonenplanarchitektur  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4320 / A

---

*Vertagt auf die nächste Sitzung.*



01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion und Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 26.04.2017, betreffend „Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport“  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4335 / A

---

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Dem Gemeinderat sind die Kultur und das Vereinsleben in Allschwil und Umgebung ein wichtiges Anliegen. Das beweist er, indem er jedes Jahr einen guten Batzen zu deren Förderung in die Hand nimmt. Dies soll mit dem vorliegenden Vorstoss von Florian Spiegel und mir keineswegs infrage gestellt werden, um dies vorweg zu betonen. Wir sind jedoch stutzig geworden, als wir online auf die ausgearbeitete Richtlinie betreffend die Verteilung dieser Unterstützungsbeiträge gestossen sind. Ich habe Nicole Müller gebeten, mir die Richtlinie mit dem letzten Versand nochmals zukommen zu lassen, damit wir sie heute zusammen mit der Antwort des Gemeinderats vorliegen haben. Nehmen Sie sie bitte einmal kurz zur Hand. In dem Vorstoss, den Sie erhalten haben, ist sie als Anhang aufgeführt. Als Ziel dieser Richtlinie (Punkt 2) ist u.a. «die Gleichbehandlung der Organisationen angestrebt» und «Transparenz bezüglich der Vergabe von Gemeindebeiträgen zu schaffen». Wenn man aber weiterliest bei Punkt 7, Bemessung, dann sieht man, dass dort der 1. Absatz gestrichen worden ist (1. Fusszeile, ganz unten). Im 2. Absatz steht: «Die gesprochenen Unterstützungsbeiträge können je nach Höhe des eingestellten Budgetbetrages und der Anzahl der eingegangenen Beitragsgesuche von Jahr zu Jahr schwanken.» Das hat uns schon einmal stutzig gemacht. Wenn man nun weiter geht auf die nächste Seite, bei Punkt 11, so ist dort wieder eine Änderung vorgenommen worden. Dort steht: «Der Gemeinderat entscheidet über die jährlich auszurichtenden Beiträge (im Bereich Kultur – und nun kommt der neue Einschub – «aufgrund einer Empfehlung der Hauptabteilung Bildung, Erziehung, Kultur»). Über die Vergabe von projektbezogenen Beiträgen entscheidet die/der Departementsvorsteher/in zusammen mit der Hauptabteilungsleitung im Rahmen der Finanzkompetenz aus dem Budget.» Wir haben nun in Frage 2 unserer Interpellation gefragt, wie der Wortlaut vorher hiess. Wie aus der Antwort ersichtlich, lautete Art. 7 Abs. 1 wie folgt: «Für die Bemessung der finanziellen Beiträge werden vom Gemeinderat festgelegte Kriterien berücksichtigt. Die Kriterien sind auf den entsprechenden Merkblättern im Anhang ersichtlich.» Das ist also gestrichen worden.

Was heisst das nun? Erstens: Momentan gibt es nach diesen transparenten Richtlinien keine Kriterien, auf welche sich der Gemeinderat stützt bezüglich der Verteilung der Beiträge. Zweitens ist festzustellen, dass es vor der Abänderung dieses Artikels eigentlich nur eine Aufführung der Kriterien gab, aber das «Wie» wurde nicht erwähnt. Es war geregelt, *was* man anschaut, aber nicht, *wie* gewichtet wird.

Im Artikel 2, resp. bei der 2. Änderung, sehen wir: «Der Gemeinderat entscheidet über die jährlich auszurichtenden Beiträge aufgrund einer Empfehlung der Hauptabteilung Bildung, Erziehung, Kultur.» Hier muss man genau hinschauen, um zu sehen, was geändert wurde. Hier ist noch hineingerutscht: «...im Bereich Kultur aufgrund einer Empfehlung ...». Das heisst, wir haben *ein* Subventionswesen, aber wir haben *drei* verschiedene Arten der Verteilung. Wir haben erstens die jährlich wiederkehrenden Leistungen für den Jugend- und Sportverband. Hier entscheidet der Gemeinderat komplett unabhängig von der Hauptabteilung BEK, wer wie viel bekommt. Dann haben wir die projektbezogenen Beiträge. Dort entscheidet die Hauptabteilung BEK selber, ohne den Gemeinderat, im Rahmen ihrer Finanzkompetenz von, soweit bekannt, CHF 10'000. Und schliesslich haben wir die Mischform, wo dann im Bereich Kultur beide gemeinsam entscheiden aufgrund einer Empfehlung. Und da stellt sich die Frage: Wieso eigentlich das? Was ist der Beweggrund dafür, dass sich der Gemeinderat das Recht herausnimmt, unabhängig und ohne Empfehlung der zuständigen Fachstelle sein eigenes Süppchen zu kochen? Ich lasse die Frage einmal so im Raum stehen.

Gehen wir nun zu Frage 4 und deren Beantwortung: «Was waren die Beweggründe des Gemeinderats, die Änderungen in den Richtlinien und ggfls. in den Gesuchsformularen vorzunehmen?» In der Antwort lesen wir: «Im 2015 wurden von der damaligen Hauptabteilung BEK erstmalig die Beiträge an die Vereine nach dem zuvor erarbeiteten Kriterienraster berechnet und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.» Das ist keine Antwort auf die Frage, was die Beweggründe waren. Aber indirekt kann man daraus schliessen, dass man davon ausgehen kann, dass beim Gemeinderat keine Beweggründe vorhanden waren. Das heisst also, die HA BEK hat in diesem Bereich – ich nenne es jetzt einmal: Verbesserungspotenzial festgestellt und wollte in Eigeninitiative etwas ändern. Die HA BEK hat also in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat mittels «Präferenzmatrix», wie es da gesagt wird, einen gewichteten Kriterienkatalog erarbeitet.

---

Dummerweise, wie wir jetzt sehen, hat sich herausgestellt, dass es nach der Anwendung dieses gemeinsamen gewichteten Kriterienkatalogs zu erheblichen Abweichungen nach oben und nach unten kam. Jetzt stellt sich für uns natürlich die Frage: Ist es nun der transparente und gemeinsam erarbeitete gewichtete Kriterienkatalog, der komplett misslungen ist? Oder stimmt die bisherige jahrelange intransparente Beitragspraxis in keinsten Weise mit dem gemeinsamen transparenten gewichteten Kriterienkatalog überein? Für den Gemeinderat ist klar: Es liegt am gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalog. Aber anstelle einer Überarbeitung der Gewichtung – wenn es denn so extreme Abweichungen gegeben hat – hat er das ganze Projekt versenkt. Und man ging auf die heutigen Gegebenheiten zurück. Grund dafür, wie man da herauslesen kann: Das Instrument sei zu technisch und zu starr. Wir würden das eher als Vorteil bezeichnen, um die Einflüsse eventueller Partikularinteressen zu minimieren. Die Antworten 5 und 6 bestätigen uns das: Man hat Kriterien, man hat gesagt, was man bewertet. Aber es steht in keiner Weise irgendwo, wie man etwas bewertet. Jetzt muss ich kurz zusammenfassen. Erstens: Es hat nie einen gewichteten Verteilungsschlüssel bezüglich der Vergabe der Fördergelder gegeben. Der einzige Versuch ist ohne Überarbeitung beendet worden. Zweitens: Es bestehen drei verschiedene, für uns unerklärliche Vorgehensweisen bei der Verteilung von Fördergeldern. Drittens: Im Moment existiert kein einziges transparentes – mit Betonung auf transparentes – Kriterium für die Bemessung der Fördergelder. Viertens: Die Bewirtschaftung von Partikularinteressen kann heute nicht ausgeschlossen werden. Dann ist natürlich noch zu sagen: Wenn ich keine Kriterien habe, dann muss ich einfach anzweifeln, ob wirklich alle Vereine und alle Interessensgemeinschaften wirklich gleichberechtigt behandelt werden. Gestützt auf das Geschäftsreglement, § 43 b, werden Florian Spiegel und ich an der nächsten Sitzung eine Motion zum Erlass eines neuen Reglements betreffend Unterstützungsbeiträge an Jugend- und Sportvereine in Allschwil, kulturelle Organisationen in Allschwil sowie kulturelle regionale Organisationen einreichen mit dem Auftrag zur Erarbeitung eines transparenten gewichteten Verteilungsschlüssels sowie zu einem Kompetenzzug des Gemeinderats bezüglich der Bemessung der Unterstützungsbeiträge. Letzteres soll eine Hommage sein an unsere neue Gemeindestruktur, nämlich strategische und operative Entscheide voneinander zu trennen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, die Motion wird von allen Parteien unterstützt. Denn wie heute mit diesen Mitteln umgegangen wird, ist unserer Ansicht nach für Allschwil nicht angemessen. Wir sprechen jedes Jahr diese CHF 100'000, aber uns beiden, die der Sache nachgegangen sind, ist nicht ersichtlich, wie die Mittel verwendet werden.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Etienne Winter hat einen flammenden Appell an den Gemeinderat gerichtet, wie man mit den Fördergeldern umgehen soll. Der Gemeinderat hat in der Beantwortung der Interpellation ja auch darauf hingewiesen, dass gewisse Dinge über Projekte laufen, und dass gewisse Dinge über immer wiederkehrende Projekte gehen. Wenn man die Richtlinien hervorhebt und unter Art. 11 schaut, dann liest man auch: «Über die Vergabe von projektbezogenen Beiträgen entscheidet der Departementsvorsteher», und weiter: «Es besteht kein Anspruch auf einen Unterstützungsbeitrag. Einmal gesprochene Beiträge stellen kein Präjudiz für zukünftige Ansprüche dar.» Unter Abs. 4 steht dann noch, dass man die Wahrheit zu sagen hat, wenn man solche Gesuche abgibt.

Es sind ja immer ungefähr die gleichen Vereine, die Jahr für Jahr ihre Projekte anmelden und ihre jährlichen Unterstützungen beantragen möchten. Der Gemeinderat hatte in der Tat der damaligen HA BEK den Auftrag gegeben, Kriterien für genau diese Bemessung zu erarbeiten und vorzulegen. Es kam dann ein Kriterienkatalog nach Art einer Nutzwertanalyse, und anhand dieser Nutzwertanalyse hat der Gemeinderat geprüft, was dabei herausgekommen wäre. Es wären sehr kontroverse Ergebnisse herausgekommen, wenn man es einfach so hätte laufen lassen. Aus diesem Grund sagten wir, wir wollen nicht unnötigerweise Geschirr zerschlagen. Wir vergeben die Fördergelder nach den bisherigen Kriterien. Die Vereine hatten ja alle ein Formular ausfüllen müssen, und gemäss diesem Formular und den Anträgen hatte der Gemeinderat die Gelder nach bestem Wissen und Gewissen, wie auch in den Jahren zuvor, verteilt. Der Gemeinderat hat sich das auch nicht einfach gemacht. Es wurde sehr kontrovers diskutiert, auch im Gemeinderat, wie damit umzugehen sei. Es ist aber auch den Ressourcen in der HA BEK geschuldet, dass man nicht auf die Schnelle eine neue Regelung herbeiführen wollte, angesichts all der sonstigen Bewegungen, die sich momentan auf der Gemeindeverwaltung abspielen und die vor allem in der HA BEK geschultert werden mussten (Änderung der Gemeindestruktur, aber auch andere Projekte). Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat entschlossen, momentan in Bezug auf diese Kulturbeiträge kein neues Projekt anzureissen. Im Augenblick und auch in nächster Zukunft werden wir die Verteilung so, wie es vorher praktiziert wurde, vornehmen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage die Interpellanten an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Besten Dank an Christoph Morat für die Ausführungen. Ich konnte sehr wohlwollend feststellen, dass keine einzige Widerrede zu den erhobenen Vorwürfen erfolgt ist. Es war noch nie festgelegt, wie man die Gelder verteilte und nach welchen Kriterien. Und genau so will man nun auch weiter verfahren. Sieben Nasen entscheiden diesbezüglich nach Lust und Laune. Es gibt keine Kriterien. Man hat die Richtlinien nicht angepasst. Man hat sie einfach entfernt. Das ist natürlich einfach für den Gemeinderat, das wissen wir.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Lieber Etienne, du hast jetzt eine Menge Ausführungen gemacht und Vorwürfe erhoben. Ein grosser Teil davon ist völlig unbegründet. Du behauptest, es gäbe keine Kriterien, die wir anwenden bei der Verteilung dieser Gelder. Ich habe es wortwörtlich aufgeschrieben und wir werden es wahrscheinlich im Protokoll nachlesen können: Es gebe keine Kriterien nach Löschen von Art. 7 Abs. 1. *[Zwischenruf Etienne Winter]* Lass mich bitte ausreden, Etienne Winter. Das hast du gesagt. Es stimmt einfach nicht. Und wer den Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat gelesen hat und – und ich gehe davon aus, dass dies alle hier drin getan haben, weil man sich ja seriös auf die Sitzung vorbereitet – dann sieht man bei Frage 3, dass der Gemeinderat, bevor er die Richtlinie angepasst hat, respektive bevor er überhaupt den gewichteten Kriterienkatalog ins Leben gerufen hat, sich an einer Wegleitung orientierte bei der Verteilung der Subventionen. Diese Wegleitung beinhaltete, dass wir von den Vereinen verschiedene Unterlagen verlangten, unter anderem Anzahl Allschwiler bzw. auswärtiger aktiver Mitglieder und Jugendlicher. Dann haben wir das Jahresprogramm verlangt sowie die Jahresrechnung des Vorjahres und das Budget des Beitragsjahres. Das sind drei Kriterien, und an diesen orientieren wir uns nach bestem Wissen und Gewissen bei der Verteilung der Gelder.

Die Gesamtsumme dieser Gelder, insbesondere was die Vereine angeht, ist seit Jahr und Tag in etwa die gleiche. Seit ich im Gemeinderat bin, seit dem Jahr 2000, haben wir in etwa die gleiche Gesamtsumme an Geldern, die wir verteilen. Den Anspruch, dass man eine Subvention beantragen kann, kennen die Vereine, und die Vereine stellen diese Anträge auch. Sie gehen beim Gemeinderat ein mit Angabe einer Höhe. Dann muss der Gemeinderat entscheiden, ob er die Summe zuspricht oder nicht. Und dabei kommen die Kriterien, die ich eben nannte, zum Zuge, also wir schauen, wie viele Allschwiler bzw. auswärtige Mitglieder der Verein hat und wie die Finanzlage aussieht. Wir haben also eine Orientierungshilfe. Wir haben nicht einen gewichteten Kriterienkatalog. Einen solchen hatten wir versucht ins Leben zu rufen. Als wir es taten, stellten wir hinterher fest – und das ist fast das einzig Richtige von dem, was du sagtest –, dass dieser gewichtete Kriterienkatalog im Ergebnis Abweichungen zeigte zu den Anträgen der Vereine. Also ein Verein, der mit einem Betrag gerechnet hatte, den er seit Jahren etwa in dieser Höhe bekommen hatte, hätte mit einem Mal gemäss dem ausgearbeiteten gewichteten Kriterienkatalog noch die Hälfte bekommen. Ein anderer Verein, der ebenfalls einen bestimmten Betrag geltend gemacht und bekommen hatte, hätte auf einmal das Doppelte bekommen. Wo bliebe da die Fairness, und wo nützt da eine Transparenz? Genau das hat sich der Gemeinderat überlegt: Was richten wir an, wenn wir das Geld neu nach dem gewichteten Kriterienkatalog verteilen, und dann sagt ein Verein: Wir müssen massiv bluten und bekommen nur noch die Hälfte; und der andere nebensächlich sagt: Mir haben sie das Doppelte gegeben. Was wäre das für ein Vorgehen des Gemeinderats? Darum haben wir gesagt, wir gehen wieder zurück zu den ursprünglichen Überlegungen, von denen wir der Meinung sind, dass sie seit Jahr und Tag getaugt haben und dass wir gut damit gefahren sind. Wir haben jedenfalls diesbezüglich keine negativen Rückmeldungen von den Vereinen, im Gegensatz zu einem anderen Bereich. Ich bitte Sie wirklich: Es geht nicht um einen Kompetenzzug, und es geht auch nicht um irgendwelche Unterstellungen, Etienne. Ich würde da einfach aufpassen mit Unterstellungen an den Gemeinderat. Wir sind nicht sieben Nasen, wir sind sieben Gemeinderäte, respektive sechs Gemeinderäte und eine Gemeinderätin. Das bitte ich einfach zu beachten. Wir gehen korrekt miteinander um. Sonst wird die Zusammenarbeit ganz schwierig, das kann ich dir sagen. Ich habe geschlossen.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es einen Gegenantrag zur Diskussion gibt. – Das ist nicht der Fall.

#### *Diskussion*

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich werde jetzt auch ein wenig sauer. Ich möchte nochmals zitieren und dieses Mal, wie ich halt bin, auch für die SP hinstehen. Etienne Winter hat klar und deutlich kommuniziert, es seien keine transparenten Kriterien vorhanden. Er hat nicht gesagt, es seien keine Kriterien vorhanden. Man hat von Transparenz geredet. Und noch etwas: Gedroht wird hier drin nicht. Das geht grad gar nicht. Und so, wie es mir jetzt gerade vorkommt, ist es so, dass jemand getroffen wurde, die wie eine Glücke um ihre Schar herumgeht, die vielleicht etwas verlieren könnte,

was sie nicht gern verlieren würde, sonst würde sie das Gesicht vielleicht auch noch verlieren. Und dazu muss ich ehrlich sagen: So nicht! Auch für den Gemeinderat gilt: So bitte nicht mit uns hier drin! Das geht ganz und gar nicht.

Dann habe ich noch etwas: Wenn man schon einen Auftrag gibt, etwas auszuarbeiten, und es nachher einfach versenkt, dann sagt man dem neu heute «Verschwendungsart». Da hat man Steuergelder verwendet, um etwas auszuarbeiten zu lassen. Ich finde es nicht in Ordnung, so etwas dann einfach in den Abfall zu schiessen. Das Mindeste, was man hätte tun können, wäre gewesen, das Vorhandene zu korrigieren. Da sind auch Sie, Herr Dill, gefragt, dass man zukünftig auf solche Sachen verzichtet. Anpassungen gibt es immer, das ist ein laufender Prozess, und das darf man auch tun. Aber man beauftragt nicht jemanden, etwas auszuarbeiten, um es dann in den Abfall zu schiessen. Erstens war da ein Engagement einer Person, die das erbracht hat, und das einfach wegzuworfen zeugt von einer Wertschätzung gleich null. Ich kenne es an anderen Orten leider auch so.

Was ich auch noch unterstreichen möchte, ist, dass der Gemeinderat bitte die Gewaltentrennung einhält und Eigeninteressen weit, weit hinten anstellt. Ich merke einfach, dass da Eigeninteresse vorhanden ist, sonst würde man nicht dermassen explodieren in einer Antwort. Ich möchte also bitten, solche Sachen hinten anzustellen – oder in den Ausstand zu treten für die Diskussion.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Simon Zimmermann, ich muss dir eben das Gleiche sagen: Es beruht auf Gegenseitigkeit. Und es geht nicht um Eigeninteressen. Es geht um die Wahrnehmung von Aufgaben, die der Gemeinderat hat, Aufgaben, die der Gemeinderat in bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Und wenn ich höre, man könne nicht ausschliessen, dass es um «Bewirtschaftung von Partikularinteressen» gehe, dann muss ich doch einfach sagen, das ist eine kleine, kleine Unterstellung. Nur eine kleine. Und das mag ich nicht, das mag ich einfach nicht, weder gegen einen Gemeinderat noch gegen einen Einwohnerrat. Wir machen alle unseren Job hier drin, alle, und jeder, wie ich meine, so, dass er dahinterstehen kann. Darum nochmals: *Luege, was mr sait!* Denken, bevor man redet.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich bin jetzt generell ein bisschen irritiert über die sehr emotional aufgeladene Diskussion. Wenn wir nämlich die Emotionen weglassen, dann hat Etienne Winter überhaupt nicht dem widersprochen, was die Gemeindepräsidentin aufgeführt hat. Das stand gar nicht zueinander im Gegensatz. Und wie auch Simon Zimmermann sagte, Etienne Winter hat betont, dass es ihm um *transparente* Kriterien geht. Wenn es an der «kleinen Unterstellung» liegt, dann sehe ich das Problem nicht ganz. Ich finde es auch keine Unterstellung, weil er es ja offen gelassen hat. Was mich dann weiter noch Wunder nimmt: Wir haben viel darüber gehört, was die Vereine alles tun müssen, damit sie das Geld bekommen, und es wurde aufgeführt, wie das Ausfüllen dieser Vorlagen aussieht, und es heisst ja in der Antwort zu Frage 4: «Aus diesem Grund wurden die Richtlinien angepasst und das Gesuchsformular für jährliche Beiträge Jugend und Sport gekürzt, um den Aufwand für die Vereine bei der Gesuchstellung so gering wie möglich zu halten.» Das passt für mich nicht ganz mit den erwähnten Aussagen von vorhin zusammen.

Was ich auch noch sagen möchte, ist, dass Drohungen im Einwohnerrat etwas sind, was überhaupt nicht hier herein gehört, und was ich als Fraktionspräsident namens meiner Fraktion schärfstens verurteile. Das geht gar nicht, tut mir leid.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich wäre froh, wenn wir wieder ein bisschen sachlicher würden, wenn man sich mit etwas weniger Misstrauen begegnen würde und wenn man auch nicht um den heissen Brei herumreden würde. Ich frage mich bei der ganzen Diskussion, wodurch sie denn ausgelöst wurde. Hat jemand das Gefühl, er sei zu kurz gekommen? Soll man einen Verein, der 2'000 Franken beantragt, einfach 4'000 geben, obwohl gesagt hat, er müsse nur 2'000 haben? Also ich frage mich, was der Anstoss für diese Geschichte war. Wer hat das Gefühl, er sei zu kurz gekommen? Und was ist das Ziel dieser ganzen Sache? Ich weiss von ehemaligen Gemeinderäten, dass es im Gemeinderat ganz ordentlich zu- und hergegangen ist, wenn sie solche Entscheide fällen mussten. Das weiss ich von *ehemaligen* Gemeinderätin und Gemeinderäten.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Auch ich bin froh, wenn die Diskussion ein bisschen sachlicher wird. Allerdings kann man Emotionen nie ganz aus der Politik heraushalten. Wir alle agieren hier als Menschen. Wir alle versuchen, im Dienst einer Allgemeinheit so gut wie möglich Entscheide mit Kopf oder mit Herz zu treffen, manchmal mit Bauchgefühl. Und, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, wir reden über Richtlinien. Wir reden nicht über ein Reglement. Etienne Winter sagte vorhin, er sei in Vorbereitung einer Motion, die den Gemeinderat verpflichten soll, die Materie zu reglementieren. Ob eine Reglementierung wirklich der bessere Weg ist, werden wir bei der Überweisung der Motion und dann bei der Beantwortung der Motion miteinander anschauen müssen,

es diskutieren, und uns dann auf einen Weg festlegen, wie wir mit diesen Subventionen umgehen wollen, die an Vereine gehen sollen, die sich für Bürgerinnen und Bürger engagieren, für Kinder, für Jugendliche usw. Wie gesagt, wir reden über Richtlinien, und ja, der Gemeinderat hat bei solchen Richtlinien einen gewissen Freiraum, und diesen Spielraum und Freiraum hat er genutzt. Ob das richtig oder falsch ist, ist, glaube ich, schwierig zu beantworten. Das lässt sich nicht einfach mit schwarz oder weiss beantworten, ob das falsch war, oder ob es richtig gewesen wäre, wenn man die gewichteten Kriterien in einer Art Nutzwertanalyse hätte verwenden wollen. Ich möchte mich ein wenig gegen gewisse Vorstellungen verwahren, wie Diskussionen im Gemeinderat ablaufen. Wir setzen uns mit allen Traktanden, egal ob es um die Wiederbeschaffung eines Anhängers für den Werkhof geht oder um eine Beitragsvergabe an einen Verein, fair und ruhig auseinander. Es ist auch nichts im Abfallkorb gelandet. Die zuständige Bereichsleiterin Sandra Dettwiler sitzt hinten im Zuschauerraum, und sie kann vielleicht bestätigen, dass wir es nicht in den Abfallkorb geworfen haben. Es ist noch vorhanden, aber es ist im Moment kein Auftrag vom Gemeinderat an die Verwaltung gegangen, weiter daran zu arbeiten. Das heisst, der Gemeinderat sieht im Moment keine Veranlassung, irgendetwas in der Praxis zu ändern. Wenn der Einwohnerrat seine Mittel und Wege dazu nutzen will, den Gemeinderat zu einem anderen Verhalten aufzufordern, oder wenn er den Gemeinderat auf eine Reglement festlegen will, dann liegt das in der Kompetenz des Einwohnerrates, und dann freuen wir uns auf einen Vorstoss, und den diskutieren wir dann mit dem gleichen Engagement. Aber fair und einigermaßen sachlich hier drin, hoffe ich doch.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich bin ein bisschen verwirrt von all diesen Worten, insbesondere weil offensichtlich die Tendenz vorhanden ist, alle Worte sofort negativ zu werten und als richtig oder falsch darzustellen. Ich habe eigentlich das Gefühl, warum wir diskutieren, ist, genau solche Anschuldigungen von diesem Geschäft wegzunehmen. Ihr habt es versucht, ihr habt euch daran gemacht, ihr seid überrascht worden von den Resultaten – zu dumm. Kann passieren. Und nun habt ihr es so formuliert, dass man daraus entnehmen könnte, ihr wolltet überhaupt nichts tun. Aber das ist ja nicht unbedingt so. Ihr habt einfach andere Prioritäten gesetzt. Aber hier dann Repression oder Drohung oder Unterstellung zu sehen, ist einfach zu emotional. Aber wir sind Menschen, wie gesagt. Ich denke, im Grunde der Dinge höre ich: Wir haben Vereine, die zufrieden sind. Warum sie zufrieden sind, ist unklar, denn alle Jahre kommt sowieso das gleiche heraus, also stellt man auch gar keinen anderen Antrag – vielleicht. Offenbar seid ihr aber mit dem Fakt, dass es zu intransparent ist, auch nicht zufrieden. Ich denke, es ist, wie Christoph Morat sagte: Wenn wir als Einwohnerrat finden, man sollte das schneller lösen, dann hoffe ich, dass ihr auch bereit seid, schneller in die Gänge zu kommen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe keinen Anlass, den Gemeinderat irgendwie zu kritisieren bezüglich seiner Praxis. Ich kenne sie schlicht und einfach nicht, und ich habe auch keine Vermutung in dieser Richtung. Ich habe aber einen Eindruck bekommen. Als ich die Antwort des Gemeinderats gelesen hatte, hatte ich den Eindruck einer gewissen Orientierungslosigkeit bei diesem Geschäft. Und da verstehe ich Etienne Winter gut und unterstütze ihn auch darin, dass er nach Klarheit und Eindeutigkeit verlangt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich bin vielleicht ein wenig emotionsgeladen hineingegangen. Aber es ging nicht um eine Anschuldigung. Ich sage ja, ihr macht es vielleicht gut. Ihr macht es sicher gut. Ich sehe nur: Es wird Transparenz gepriesen, aber es ist keine da. Das ist der einzige Fakt. Ich habe nie gesagt, dass ihr etwas missbraucht. Ich sagte nur, die Möglichkeit besteht. Und wenn nur die Möglichkeit besteht, weil die Kriterien nicht vorhanden sind, dann ist das für mich ein Fakt und reicht für mich, um zu sagen: Stopp! Ich möchte gern wissen, was hier läuft. Das ist alles. Ich möchte wissen wie das geht. Es ist keine Unterstellung. Meine Frage ist, wieso gibt es keine Transparenz. Bitte tut diesbezüglich etwas. – Und noch an die FDP gesagt: Es ist ein Thema. Ich kenne Vereine, die die Frage schon aufgeworfen haben, wie das eigentlich funktioniert.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich gebe dir recht, Etienne, Transparenz ist keine da in dem Sinn, dass man ein A4-Blatt nehmen und aufzeichnen könnte: Verein XY erhält diesen oder jenen Betrag, weil er hier zwei Punkte, dort vier Punkte und woanders 20 Punkte hat. Das gibt es nicht. Und das ist ja auch der Grund, warum der Gemeinderat versucht hatte, diesen Kriterienkatalog erstellen zu lassen. Aber wir haben dann eben das Ergebnis gesehen, und dieses hat uns leicht irritiert und vor Fragen gestellt. Ich denke, wenn wir diese Transparenz herbekommen wollten, dann müssten wir den Kriterienkatalog zusammen mit den Vereinen erarbeiten. Dann geht es nicht, dass wir das auf der Verwaltung alleine erarbeiten möchten. Das wird keine ganz einfache Aufgabe sein. Vielleicht haben wir uns davor auch ein bisschen gescheut. Aber es ist sicher nicht der Wille vorhanden, irgendwelche Partikularinteressen durchzusetzen. Davon sind wir weit, weit entfernt. Und

auch Drohungen in den Raum zu stellen, ist weit, weit entfernt von meiner Seite. Aber wenn ich merke, man wird unnötigerweise angegriffen, dann, denke ich, muss man sich auch vertreten und sich artikulieren.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Ich bin zuerst einmal froh, dass die Diskussion wieder ein bisschen ruhiger geworden ist. Ich möchte noch die Meinung unserer Fraktion abgeben. Wir haben die Sache diskutiert, ich bin aber auch sehr froh über die Votes, die wir heute gehört haben, weil sie doch wieder ein ganz anderes Licht auf das ganze Thema geworfen haben. Natürlich gibt es kein Schema X bei der Vergabe dieser Fördergelder. Wir denken aber nach wie vor, dass die derzeitige Regelung, wonach dies im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, in Ordnung ist. Wir denken nicht, dass da irgendwelche Partikularinteressen verfolgt werden. Ich weiss nicht, ob die Vereine sich untereinander über dieses Thema unterhalten und einander vergleichen. Jeder Verein hat jedenfalls die Möglichkeit, sich zu bewerben. Auch wenn ein Verein einmal etwas nicht Alltägliches möchte, kann er sich melden, um einen Anteil aus diesen Fördergeldern zu bekommen. Wir denken auch, es wäre falsch, wenn es eine Auflistung gäbe, aus der man für die Vergangenheit sehen würde, wer wie viel wofür bekommen hat. Wir möchten nicht, dass es da unerfreuliche Diskussionen unter den Vereinen geben würde. Unsere Meinung war darum, jedenfalls nach der Fraktionssitzung, ganz klar die, dass man die bisherige Praxis beibehalten sollte.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Ich kann meinem Vorredner gleich die Antwort geben: Ja, die Vereine reden untereinander, was sie in etwa bekommen, aber in einem positiven Sinn. Ich möchte da noch meine Erfahrung einbringen aus acht Jahren Präsidium in einem Sportverein. Wichtig ist für die Vereine einfach, dass sie immer etwa gleich viel bekommen, dass also eine Kontinuität gegeben ist. Es ist auch vor drei, vier Jahren einmal das Gerücht kursiert, dass die Gelder gänzlich gestrichen werden sollen. Das hat uns im Verein dazumal dazu bewogen, den Betrag nicht mehr ins Budget zu nehmen, sondern ihn erst dann zu verbuchen, wenn er gesprochen ist. Für die Vereine ist einfach Kontinuität wichtig. Und wenn man etwas ändern wollte, sollte man zuvor mit den Vereinen oder mit der IG Vereine Schönenbuch-Allschwil reden, damit sie Bescheid wissen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Es ist ja wunderbar, wenn sich die Diskussion wieder etwas beruhigt hat. Worum es geht, ist, dass wir aufzeigen wollten, dass an einer bestimmten Stelle eine Lücke ist. Die ist einfach da mangels transparenter Kriterien. Was ich da eben nicht ganz verstehe, ist, dass der Gemeinderat es unisono als Angriff ansieht, wenn wir das aufzeigen. Wir hatten ja nicht gesagt, dass der Gemeinderat etwas falsch gemacht hat. Es ist ja löblich, wenn man sagt, solche Richtlinien sollten am besten mit den Vereinen zusammen ausgearbeitet werden. Das ist im Prinzip richtig. Man darf aber nicht vergessen: Wer die Kriterien bestimmt, ist am Ende immer noch der Geldgeber. Das ist überall so. Etwas finde ich ganz toll, und ich bin sehr froh, dass ich es jetzt schon von verschiedenen Seiten gehört habe, das Wort «ordentlich». Es sei «ordentlich» gelaufen, sie hätten es «ordentlich» gemacht. Ich durfte während meiner paar Einwohnerratsjahre an zwei, drei Untersuchungen teilnehmen, wo es eben immer so «ordentlich» gegangen ist, vor allem wenn es darum ging, Geld zu sprechen aufgrund von Massnahmen. Es war immer «ordentlich gelaufen bis dahin», bis es dann eben einmal nicht mehr ordentlich lief. Und warum lief es irgendwann einmal nicht mehr ordentlich? Weil genau die transparenten Kriterien fehlten. Und dann ging es los mit den Anschuldigungen. Was wir hier haben, ist ein typisches Beispiel für Dinge, wie wir sie in den letzten Jahren untersuchen mussten, nämlich eine Lücke im Bereich Transparenz bei Massnahmen, bei denen es um Geld geht. Diese Lücke haben wir jetzt klar und deutlich aufgezeigt, und wir sind der Meinung, dass man diese Lücke – eigentlich nämlich zum Selbstschutz des Gemeinderates – schliessen müsste.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe das Gefühl, dass gewisse Sachen falsch verstanden worden sind. Wie ich das hier lese – und vielleicht können das die beiden Postulanten nachher noch bereinigen – geht es nicht darum, dass transparent offen gelegt werden müsste, wer wie viel bekommt, sondern der Weg dahin, dass man das Geld spricht, muss transparent sein. Ich habe das Gefühl, einige haben es aber so verstanden, dass man quasi die Lohnzettel aushängen müsste, sodass jeder sehen kann, welcher Verein wie viel bekommen hat. Es geht nur um den Weg. Damit man eben, wenn die GPK einmal vorspricht, offen legen kann: Diese Kriterien haben wir, und deswegen hat dieser Verein so viel bekommen und der andere so viel. Wenn die Vereine untereinander darüber reden, wie viel sie bekommen haben, ist das ihre Sache; aber es ist nicht Sache des Gemeinderates, die Beträge, die jeder erhalten hat, auf die Homepage zu setzen.

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 5**

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 04.09.2017, betreffend  
Stand: „Biodiversität in der Gemeinde Allschwil“

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4351 / A

---

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Eigentlich hatte Melina Schellenberg das Votum für unsere Fraktion vorbereitet. Da sie verhindert ist, habe ich das kurzfristig übernommen. Wir hatten diesbezüglich Gemeinderat Hoffmann, der heute entschuldigt ist, eine Mail geschickt. Wenn es angekommen ist, würde ich gerne zuerst die Antwort abwarten.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich darf in Vertretung für Philippe Hoffmann Ausführungen machen. Sie haben gesehen: Biodiversität zu bewerten, ist keine leichte Aufgabe. Wie sie auch gesehen haben, hat eine Studie gezeigt, dass ein Grossteil der wertvollen schützenswerten Lebensräume – allen voran artenreiche extensiv genutzte Naturwiesen und Hochstamm-Obstgärten – in Allschwil verschwunden sind. Es ist daher wichtig, dass etwas geht in diesem Bereich. Aber ich glaube auch, man hat aufgrund der Antworten, die zu dieser Interpellation bereits gegeben wurden, sehen können, dass wir bereits daran sind, auch in dem wir Geld sprechen. (Auch hier übrigens wieder ein Geldbetrag, der gesprochen wurde, wobei ich nicht einmal weiss, wie gross hier die Lücke ist, innerhalb derer der Gemeinderat sein Ermessen ausüben kann. Aber das in Klammer.)

Nun zu den Anschlussfragen. Eine davon lautet, welche Vereinbarungen heute bestehen, wobei Frau Schellenberg Bezug nimmt auf § 16 Abs. 2 des Zonenreglements Landschaft. Dazu kann ich sagen, dass die allermeisten grundeigentümerverbindlichen Schutzobjekte sich im Wald befinden oder in kantonalem Besitz stehen oder unter kantonalem Schutz, sodass es diesbezüglich gar keine Vereinbarungen und Verträge braucht. Ansonsten gibt es offenbar noch den Böschungswald am Lützelbach beim Hof von Gemeinderat Franz Vogt, auch dort gibt es keine Vereinbarung, wie mir gesagt wurde. Ob es noch weitere potenzielle Naturschutzobjekte gibt, für die keine Vereinbarung abgeschlossen werden kann, weiss man gar nicht so genau, wie mir gesagt wurde.

Eine weitere Zusatzfrage bezog sich auf freiwillige Vereinbarungen, die ebenfalls in § 16 Abs. 2 erwähnt sind. Auch dazu kann ich keine Ausführungen machen. Es gibt eigentlich keine weiteren Vereinbarungen.

Schliesslich wurde zur Auflistung wiederkehrender Massnahmen in der Beantwortung zu Frage 2 die Zusatzfrage gestellt: Grün heisse nicht divers; wie werde Biodiversität hierbei sichergestellt? Dies geschieht, indem wir verlangen, dass nicht nur Kies aufgeschüttet wird, sondern Substrat, und indem die Substratmächtigkeit mindestens 10 cm betragen muss. Auch muss für die Ansaat die sogenannte Basler Mischung verwendet werden.

**Simon Maurer**, Präsident: Ich frage die Interpellanten an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: ich bin zufrieden.

**Simon Maurer**, Präsident: Wir kommen zur Diskussion, sofern es keinen Gegenantrag gibt. – Es gibt keinen Gegenantrag.

### *Diskussion*

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Ausführungen. In der Beantwortung ist die neue Verordnung zur Förderung von Naturwerten in Allschwil erwähnt, die am 23. Mai 2017 ausgearbeitet wurde. Die Gemeinde fördert passiv, wenn das jemand wünscht. Wird das effektiv genutzt?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Genau das wird genutzt, indem Landwirte es uns melden. Dann werden wir auch die entsprechenden Gelder sprechen. Man sieht ja in der Antwort zu Frage 4, welche Gesamtsumme das in etwa ausmacht, insgesamt etwa CHF 80'000 pro Jahr.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: In der Beantwortung zu Frage 2 hat es einerseits diese Auflistung konkreter Massnahmen wie Naturschutztag, Neophytenbekämpfung etc.; es heisst aber auch: «Konkrete Projekte zur Schaffung von neuen Naturwertgebieten sind derzeit nicht geplant.» Nun weiss man ja, dass die Biodiversität abnimmt. Könnte sich der Gemeinderat vielleicht vorstellen, zum

---

Beispiel auch in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde oder einem Naturschutzverein, so ein Projekt aktiv zu lancieren?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Man hat ja in der Beantwortung gesehen, dass solche Projekte im Moment nicht am Laufen sind. Aber alle anderen Punkte, die hier aufgeführt sind, machen wir. Ob wir jetzt auch noch ein solches Projekt lancieren – das müssten wir im Gemeinderat einmal diskutieren und schauen, welche Möglichkeiten sich da ergeben. Ich möchte dazu jetzt weder ja noch nein sagen. Wir müssten das ja auch beschliessen.

**Julia Gosteli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte gerne nachfragen zum dritten Aufzählungspunkt auf Seite 4, «Siedlungsgrün». Es heisst dort, bei grösseren Baugesuchen und bei Quartierplanungen werde seit Jahren auf die Förderung der Biodiversität geachtet. Ich möchte dazu gern wissen, was mit «wird darauf geachtet» gemeint ist. Wird sie dann auch durchgesetzt? Was bedeutet «grössere» Baugesuche? Ich sehe immer wieder solche Kleinsiedlungen oder Doppel-Einfamilienhäuser, die weiterhin Kirschlorbeer-Hecken haben oder Sommerlieder etc. Ich möchte die Gemeinde anfragen, inwiefern sie proaktiv auf diese Bauherinnen und -herren zugeht. Gibt es Prospekte, wie sie im Kanton Solothurn üblich sind, in denen Alternativen aufgezeigt werden?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Konkret kann ich das natürlich nicht beantworten, aber vielleicht weiss Christoph Morat etwas dazu. Ich denke, aus der Interpellationsbeantwortung als solcher konnte man ersehen dass die Massnahmen kontinuierlich umgesetzt werden. Ich gehe also davon aus, dass wir im Rahmen des Baugesuchsverfahrens die Thematik aktiv mit den Bauherren besprechen und auf die verschiedenen Punkte hinweisen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wir stehen dem Kanton Solothurn natürlich in nichts nach. Auch bei uns auf der Gemeindeverwaltung kann man auf der Abteilung Bauen-Entwickeln-Planen die Liste abholen und sich beraten lassen. Auch Andy Dill, ausgewiesener Fachmann in Sachen Ökologie, steht gern zur Verfügung. Was in der Beantwortung mit «grösseren Baugesuchen» gemeint ist, das sind zum Beispiel Überbauungen nach einheitlichem Plan oder im Rahmen eines Quartierplans. Dort kann man tatsächlich einen Begrünungsplan verlangen, und der wird dann auch entsprechend bewertet, und es gibt eine Einsprache, wenn denn wirklich in grösserer Masse irgendwelche Neophyten wie Kirschlorbeer oder Sommerlieder oder andere ungebetene Pflanzen eingesetzt werden. Und man versucht auch, das den Leuten so schmackhaft wie möglich zu machen. Einzig bei den Forsythien ist es manchmal noch schwierig; denn die meisten Leute freuen sich ja auf diese schön leuchtenden gelben Vorboten des Frühlings, die im März schon zu blühen anfangen. Biologisch absolut wertlos in unserer Lage; kein Insekt geht an einen solchen Strauch. Aber er ist schön, und das bekommt man fast nicht aus den Köpfen heraus. Aber dort, wo wir unseren Einfluss geltend machen können mit einer Einsprache, dort werden wir das tun. Und die Beratungsliste liegt tatsächlich vor, und Andy Dill kann seinen Beitrag dazu leisten.

**Julia Gosteli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herzlichen Dank. Es ist ganz toll, dass man sich auf der Gemeinde beraten lassen kann. Ich wollte einfach noch nachfragen, wie es um die Proaktivität der Gemeinde selber steht. Wenn ein Baugesuch eingeht, wird dann geschrieben: Wir möchten Biodiversität, keine Neophyten, und bitte lassen Sie sich bei uns beraten? Besteht also eine gewisse Proaktivität seitens der Gemeinde, oder bekommt man diese Dinge als Bauherren eher beiläufig zu Ohren?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wir sind ja nicht Baubewilligungsbehörde – oder vielleicht noch nicht Bewilligungsbehörde. Im Augenblick liegt dieser Ball beim Kanton. Wir machen ja nur die zonenrechtliche Prüfung, und dort gibt es nur wenige Vorschriften. Man kann die Leute aufmerksam machen. Eine proaktive Beratung über Grünpflanzen beim Bau eines kleinen Mehrfamilienhauses oder einem Einfamilienhaus etc. kann man nur begrenzt machen. Hinweise kommen aber meistens von der Baubewilligungsbehörde.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Eine Frage zur Neophytenbekämpfung gemäss der Auflistung in der Beantwortung zu Frage 4. Ich weiss von Primarschülern, dass sie regelmässig in den Wald hinaufgejagt werden, um diese Pflanzen auszureissen; und wenn sie dann zurückgehen, oder auf dem Schulweg, sehen sie trotzdem in jedem Vorgarten eine Goldrute oder wie sie alle heissen. Mich würde Wunder nehmen, was der Gemeinderat effektiv tut für diese Neophytenbekämpfung. Und was ich Christoph Morat auch noch unbedingt fragen möchte: Ist das nur bei ihm in der Abteilung, also dort, wo er ehemals auf der Gemeindeverwaltung war, oder ist es in der gesamten



Gemeindeverwaltung so, dass alle Gemeindemitarbeiter «ausgewiesene Fachmänner oder Fachfrauen» sind. Denn er betont das immer so.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Tue Gutes und sprich darüber. Es ist natürlich so, dass die Gemeinde Allschwil in allen Belangen ausgewiesene Fachleute hat, Fachfrauen und Fachmänner. Die Gärtnergruppe von Roman Schneider im Werkhof weiss sicher genau so viel wie Andy Dill, der das vor allem planerisch begleitet. Es geht bei dieser Neophytenbekämpfung auch um Sensibilisierung, und die kann nicht früh genug anfangen. Darum unterstützen wir es auch, dass das bereits in der Schule vorgenommen wird. Du rennst ein Stück weit eine offene Türe ein mit der Frage: Und was tut ihr sonst noch in Sachen Neophytenbekämpfung? Wir haben uns letzte Woche in einem Workshop über genau diese Punkte und Massnahmen im Leitbild unterhalten, und wir werden diesbezüglich aktiv bleiben. Es ist aber jetzt im Moment noch etwas zu früh, um darüber zu berichten. Aber wir sind unterwegs mit der Neophytenbekämpfung.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion bedankt sich für den guten Bericht und wird die Abschreibung als erledigt unterstützen. Ich persönlich habe zwei Dinge. Ich kann mich sehr gut an die Sitzung erinnern, in der es um die Zonenplanrevision Landschaft ging. Der Einwohnerrat ist dem Antrag nicht gefolgt, dass man Hecken und Feldbäume grundeigentümerverbindlich festlegen sollte. Hier steht, dass die Gemeinde angewiesen ist auf die Kooperation der Landwirte. Im Anschluss an die damalige Diskussion, bei der Landwirte anwesend waren und laut und deutlich sagten, dies tue man automatisch und freiwillig, möchte ich anfragen, ob diese Kooperation mit der Gemeinde immer noch läuft. Das würde mich einfach interessieren im Nachgang zu dieser damals sehr hitzigen und emotionalen Diskussion.

Zum zweiten eine Frage zum Thema Neophyten. Ich weiss, dass der Herr, der für die Gemeinde im Wald unterwegs ist, Private immer darauf hinweist, dass sie ihre Neophyten zurückstutzen sollen, wenn sie in den öffentlichen Raum hinüberwachsen. Ich habe in diesem Zusammenhang festgestellt, dass dies einigen Leuten schwer fällt, weil sie nicht verstehen, was Neophyten sind.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich kann mich an diese intensive Diskussion nicht mehr erinnern und dass die Emotionen dort hochgegangen seien. Aber ich kann so viel sagen, dass die Zusammenarbeit mit dem Bauern funktioniert.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich möchte auf die Frage von Julia Gosteli noch kurze Antworten aus der Praxis heraus. Die Gemeinde Allschwil nimmt sehr wohl Einfluss auf die Gestaltung von Grünflächen bei grösseren Projekten. Ich bin ja im Winzerpark in ein Bauprojekt involviert. Dort hat Andreas Dill uns sehr präzise beraten, was für Bäume und Pflanzen wir verwenden dürfen und welche nicht. Das steht auch in jeder Baubewilligung drin. Bei den kleineren Häusern steht drin, dass man ortsansässige Pflanzen verwenden soll. Auf einem anderen Blatt steht natürlich, was Leute tun, wenn sie nach zwei Jahren den Garten wieder umstechen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es tut mir leid, dass ich heute ein bisschen philosophieren muss. Aber wenn ich höre, dass es sinnlos sei, Kinder in den Wald zu schicken, um Neophyten zu zupfen, weil es irgendwelche Leute gibt, die das nicht tun, dann ist das natürlich sehr schwierig. Auf der einen Seite wollen wir alle, dass wir unsere persönliche Freiheit haben. Was auf unserem Grundstück passiert, soll unsere Sache sein. Dann gibt es Reglemente, und alle fluchen über die Reglemente. Die Freiheit des Individuums wird sehr hoch geschätzt. Auf der anderen Seite hat man ein gewisses Verhalten gern, das für die Allgemeinheit sinnvoll ist. Neophyten sind für die Allgemeinheit in unseren Breiten nicht sinnvoll. Ergo braucht es Schulung. Die Schulung eines 60-Jährigen, der seine Goldruten und seinen Kirschlorbeer über Jahre gepflegt hat, ist sinnlos. Schulung an einem jungen Kind, das an die Thematik herangeführt wird und dem man erklärt, worum es geht, und das doch eine gewisse Offenheit hat, ist sicher sinnvoller. Also ich würde es sehr befürworten, dass man hier im Ort Bildung immer als wertvoll darstellt.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich höre sehr wohlwollend die Frage nach proaktivem Handeln des Gemeinderats heraus. Ich muss trotzdem noch eine kleine Büchse öffnen. Ich lasse einen Auszug aus dem Zonenreglement Landschaft auflegen. Dort steht beim Thema Vollzug: «Der Gemeinderat ist für den Vollzug der Zonenvorschriften Landschaft zuständig. Das beratende Organ des Gemeinderates ist die Naturschutzkommission. Diese übernimmt Aufgaben des Vollzugs, führt Erfolgskontrollen durch und bringt Anträge zwecks Überprüfung einzelner Vorschriften zuhanden des Gemeinderats ein.» Und in Abs. 2: «Dem Gemeinderat ist eine periodisch durchzuführende Erfolgskontrolle über die kommunalen Naturschutzbemühungen vorzulegen...» Nun gibt es nach meinem Wissen keine

Naturschutzkommission mehr. Sie wurde, glaube ich, einmal aufgelöst. Sie hat auch nicht oft getagt, wie ich das gehört habe. Wer macht das jetzt?

Interessant auch Abs. 6: «Der Gemeinderat erstellt ein Inventar, in dem alle interessanten und schutzwürdigen Naturobjekte des Gemeindegebietes registriert sind. Das Inventar ist periodisch nachzuführen und vom Gemeinderat als wegleitende Entscheidungsgrundlage zu berücksichtigen.» Das Reglement ist jetzt, glaube ich, vier Jahre alt, und ich frage mich, was ist der Stand dieses Inventars? Kann man dieses anschauen? Ist es überhaupt schon ausgearbeitet? Das sind so Dinge, die einmal beschlossen wurden, und ich frage mich, wie sie umgesetzt werden.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: In Sachen Vollzug respektive Umsetzung der Vorschriften im Zusammenhang mit der Biodiversität und der Naturschutzkommission wird eine Menge Arbeit geleistet auf der Verwaltung, bei dem «bestausgewiesenen Fachmann» Andy Dill, der sich dort wirklich hervorragend auskennt. Was das Inventar von Naturobjekten angeht, so gibt es dieses. Ich müsste nachfragen, ob es laufend nachgeführt wird oder ob es wieder einmal überarbeitet werden müsste. Ich werde das weitergeben und wir werden es anschauen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Nur noch eine kurze Nachfrage bezüglich der Naturschutzkommission: Wurde diese damals nicht in die Baukommission eingegliedert?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Das meinte Christoph Morat vorhin auch. Es gab aber auch einmal eine Gemeinderätliche Naturschutzkommission, meint Thomas Pfaff. Wir müssen das einmal abklären. Jedenfalls läuft der grosse Teil der Vollzugsarbeiten direkt auf der Verwaltung.

**Simon Maurer**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

Bevor ich euch in die Pause entlasse, erinnere ich nochmals an die zwei Freikarten für das Konzert des Kammerorchesters Allschwil am Sonntag, 4. Februar.

Was vorhin untergegangen ist: Alle Einwohnerräte sind herzlich eingeladen an den Muusigobe der Musikgesellschaft Concordia Allschwil und des Musikvereins Schönenbuch in der Mehrzweckhalle Schönenbuch am 3. Februar. Das gibt also ein musikalisches Wochenende.

**Andreas Bärtsch**, Vorsitzender Bau- und Umweltkommission: Ich bitte darum, dass die Mitglieder der Kommission für Bau und Umwelt kurz zu mir kommen, um einen Termin zu fixieren.

**Simon Maurer**, Präsident: Wir machen 20 Minuten Pause bis 20:05 Uhr.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das Stichwort ist Belebung des Dorfes. Ich möchte euch recht herzlich einladen. Morgen Abend gibt es im Heimatmuseum einen weiteren Film zu sehen mit dem Titel «Taste Of Cement» im Landkino Allschwil. Es geht um Bauarbeiter aus Syrien, die im Libanon arbeiten. Beginn ist um 20:15 Uhr der Eintritt kostet CHF 15.00.

FRAGESTUNDE

**Simon Maurer**, Präsident: Ich bitte, die Fragen jetzt nochmals mündlich zu stellen, auch wenn sie schon schriftlich eingereicht worden sind.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit dem Flugverkehr. Wir haben ja im Juni im Einwohnerrat grossmehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die an den Regierungsrat ging. Ich nenne drei Punkte aus einem ganz bestimmten Grund. Der erste Punkt war «faire Flugrouten», der zweite «kein Rundflug mehr über Allschwil», der dritte «Nachtflugsperr». Ich habe das deswegen wiederholt, weil man jetzt, wenn man aufgepasst hat, sehen konnte, dass der

Flughafendirektor zwei Forderungen erfüllen will – ohne dass er dazu sagt, dies sei wegen der Resolution des Allschwiler Einwohnerrates oder wegen des Regierungsrates Baselland. Er sagte, dass er die bestehenden Flugrouten für einen technischen Unsinn hält und dass sie daran seien, diese Flugrouten zu ändern. Im September hatte ich ja den Gemeinderat nach dem Stand angefragt. Die Antwort lautete, der Regierungsrat habe den Eingang unserer Resolution bestätigt, weiter nichts. Ich möchte den Gemeinderat darum fragen, wie der jetzige Stand ist bezüglich des Regierungsrates und dessen, was dieser unternehmen möchte in Sachen Flugverkehr, insbesondere im Interesse der Bevölkerung von Allschwil.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich darf die Frage im Namen und in Vertretung des ressortzuständigen Gemeinderats Philippe Hofmann beantworten. Der Gemeinderat hat diese Resolution ja auch unterstützt. Sie wurde dann umgehend eingereicht beim Regierungsrat, wir erhielten am 18. August die Eingangsbestätigung. In der Zwischenzeit haben wir nachgefragt, bis wann wir mit einer Antwort rechnen könnten. Wir erhielten dann die Antwort, dass eine Antwort «in der Pipeline» sei, ich weiss aber nicht, ob vorne oder hinten in der Pipeline oder in der Mitte. Sprich, wir haben bis heute keine Antwort erhalten. Und dass der Regierungsrat nicht ganz auf der Linie der Gemeinde Allschwil im Sinne dieser Resolution ist, das wissen wir ja seit der letzten Landratsitzung. Es wurden ja alle Vorstösse im Bereich Flugverkehr vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen. Ein Lichtblick ist diesbezüglich der Landrat, der eine Motion von Andreas Bammatter, nach Umwandlung in ein Postulat, überwiesen hat, und zwar einstimmig. Das war aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt. Wir müssen uns aber gleichwohl dessen bewusst sein, dass eine Resolution nicht viel mehr als ein Bittschreiben ist. Wir können damit keine Forderungen aufstellen, wie der Regierungsrat sich verhalten soll im Zusammenhang mit dem Flugverkehr. Wichtig ist, dass wir uns in diesem Bereich auch anderweitig engagieren, das wissen Sie. Wir sind in verschiedenen Verbänden vertreten. Und wir haben jetzt vor allem erreicht – darüber bin ich wirklich froh –, dass die Trinationale Charta von den fünf Anrainerverbänden unterzeichnet wurde, die in die gleiche Richtung geht. Auch die französischen Verbände haben unterschrieben, das ist wichtig. Darin werden auch die Ausdehnung der Nachtflugsperrzeit auf die Zeit von 23:00 Uhr bis 6:00 Uhr, die Plafonierung der Flugbewegungen auf 100'000 und die Optimierung der Flugrouten verlangt. Es zielt eigentlich alles in die gleiche Richtung. Ich denke, da konnten wir wirklich etwas Gutes für Allschwil erreichen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Früher durfte man noch eine Nachfrage stellen. Ist das immer noch so? – Es kann ja auch sein, dass die Pipeline des Regierungsrates geplatzt ist. Dann ist natürlich nichts mehr drin. Aber Spass beiseite. Ich denke, es reicht nicht. Man muss mehr tun. Wir sind jetzt wirklich gut unterwegs mit diesen Anrainerverbänden, wie es die Gemeindepräsidentin sagte, sowie die Gemeinde selber mit einzelnen Landräten. Aber es braucht mehr. Und dieses Mehr würde mich schon noch interessieren. Nicht jetzt, aber ich komme wieder.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Ich habe meine Fragen nicht schriftlich gestellt. Es fällt mir immer ein, wenn ich hier das Schulhaus betrete. Der Karton, der dort vor dieser Scheibe steht, steht seit August oder September dort. Es ist ja nach den Sommerferien ein Fenster kaputt gegangen. Ich würde gerne wissen, ob die Scheibe hinter dem Karton inzwischen geflickt ist. Oder wartet man, bis der Karton von alleine herunterfällt? Unterdessen gab es auch Löcher in der Fassade, wo die Velos der Einwohnerräte stehen. Wird das vielleicht auch einmal repariert? Und aus was für einem Grund entstehen überhaupt so tiefe Löcher?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Sache mit dem Karton von der Fensterscheibe muss ich nachgehen. Ich weiss es im Augenblick nicht. Ich kann mir vorstellen, dass das benötigte Glas nicht einfach so irgendwo in einer Glaserei herumsteht. – Zur anderen Frage: Es wird immer wieder einmal mit Bällen auf diese Platten geschossen. Diese sind nur auf einer Isolationsschicht aufgebracht worden, die relativ dünn ist. Man muss sich jetzt anschauen, inwiefern das ein Mangel ist, oder ob es ein Verschulden des Nutzers ist. Dann muss man entsprechende Massnahmen ergreifen, damit es nicht mehr vorkommt. Wir gehen auch dieser Sache nach. Ich kann es spontan nicht genauer beantworten.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Das heisst, solange das nicht geklärt ist, ist das Ball spielen auf dem Pausenplatz einer Primarschule verboten?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Dem Gemeinderat ist nichts bekannt von einem Verbot von Ballspielen auf dem Areal.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Es hängt aber ein Schild draussen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich weiss nicht, wer alles befugt ist, Schilder aufzuhängen. Von Seiten des Gemeinderats ist kein solches Schild angeordnet. Der Gemeinderat hat sich schon des Längeren mit der Benutzung und den Nutzungszeiten sämtlicher Schulareale befasst, und wir haben dazu meiner Meinung nach eine klare Haltung. Wer dieses Schild aufgehängt hat, weiss ich nicht, auch dieser Frage werde ich nachgehen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wer ist befugt, Uhren aufzuhängen? Ich hatte hier in der letzten Sitzung mehrere Fragen gestellt zu der Uhr hier im Saal. Es wurde mir versichert, diese würden alle beantwortet. Ich würde nur gerne wissen, bis wann ich diese Antworten bekommen werde. Sodann möchte ich noch eine Anmerkung machen zu deiner Äusserung, Christoph: «Verschulden des Nutzers» bei einem Primarschulhaus, wenn Bälle an die Wand fliegen! Das finde ich ein lustiges Wort in diesem Zusammenhang.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Genau, du sagst es, ein Primarschulhaus. Es ist aber durchaus ein offenes Schulhaus. Wir hatten immer gesagt, dass wir das ganze Gelände offen halten möchten. Es ist uns nicht entgangen, dass auch Ältere, dass auch Erwachsene hierher zum *Schutte* kommen. Das artet manchmal zu richtigen Trainingseinheiten von irgendwelchen Gruppen aus. Und das ist natürlich ungleich anders, als wenn ein Ball von einem Primarschüler auf diese Fassade trifft. Im Übrigen ist es auch nicht auszuschliessen, dass die Schäden nicht von einem Ball herrühren, sondern von etwas anderem. Aber wir gehen der Sache nach, ich versuche die Fragen zu beantworten.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich habe Fragen zu zwei Themen eingereicht. Ich fange mit dem aktuelleren an. In der gestrigen BaZ war zu lesen, dass die KESB Binningen den Absendern von Spendenaufrufen Ernennungsurkunden zugestellt hat, aus denen ersichtlich ist, dass bei Betroffenen eine Beistandschaft besteht. Es ist ja so, dass nur schon die Information, dass eine Beistandschaft besteht, zu den höchstpersönlichen Daten gehört, die besonders geschützt sind. 1. Was sagt der Gemeinderat zu diesem Vorgehen der KESB Leimental? 2. Wie sind die Mitarbeiter der KESB betreffend Datenschutz geschult worden? 3. Und was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen?

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Zu Frage 1: Zuallererst möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier über Informationen reden, die einem Zeitungsartikel entnommen sind. Entsprechend möchte man dies in den Details mit Vorsicht geniessen. Teilweise stimmt es, teilweise stimmt es eben doch nicht so exakt. Wie man aus dem Zeitungsartikel weiter entnehmen kann, geht es nicht um eine verbeiständete Person aus unserer Gemeinde. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals in Erinnerung rufen: Die Gemeinde Allschwil bezieht von der KESB Leimental nur die Dienstleistung des Spruchkörpers. Alle anderen Aufgaben bezüglich Kinder- und Erwachsenenschutz erfolgen durch eigene Mitarbeitende aus unserer Abteilung Soziale Dienste. Der Gemeinderat ist aufgrund des Zeitungsartikels natürlich auch hellhörig geworden und hat sich beim Präsidenten der KESB Leimental schlau gemacht, wie auch bei unserem Bereichsleiter Soziale Dienste - Gesundheit. So kann ich hier auch problemlos Auskunft geben. Nicht alle Angaben in dem Zeitungsartikel sind so stimmig, zumindest soweit sich das aus der Rückfrage beim Präsidenten der KESB Leimental ergibt. Aber tatsächlich ist ein Fehler von Seiten des Beistands passiert, wenn auch nicht ganz in der Form, wie im Zeitungsartikel dargestellt. Der Gemeinderat hält es nicht für hilfreich, diesen Zeitungsartikel nun zu zerplücken und zu schauen, was daran stimmt und was nicht. Man sollte die Sache generell anschauen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Wann und wie Lieferanten oder Kunden von verbeiständeten Personen durch den Beistand auf eine Beistandschaft hingewiesen werden, das ist klar geregelt. Und wenn ein solcher Hinweis zu erfolgen hat, dann erfolgt das exakt in Gestalt einer solchen Ernennungsurkunde. Das ist das Mittel, mit welchem man eine solche Information erteilt. Wozu man noch wissen muss, dass es zwei Varianten von Beistandschaft gibt: eine solche mit und eine solche ohne Finanzkompetenz. Diese Bestimmungen sind den Gemeindemitarbeitenden, die es betrifft, bekannt.

Zu Frage 2: Wie bereits gesagt, liefert uns die KESB Leimental nur die Dienstleistung des Spruchkörpers. Alles andere erfolgt durch eigene Mitarbeitende, und hierbei handelt es sich um Fachleute, oder um es mit den Worten meines Gemeinderatskollegen Christoph Morat zu sagen: Es handelt sich um ausgewiesene Fachleute. Das sind Juristen und Sozialarbeitende, die in Bezug auf Datenschutz hinreichend ausgebildet sind.

Zu Frage 3: Aufgrund des Zeitungsartikels haben wir die Situation – obwohl sich der Vorfall in einer anderen Gemeinde ereignet hat – in Bezug auf Spruchkörper KESB und in Bezug auf die eigenen Mitarbeitenden analysiert und geprüft, ob Handlungsbedarf besteht. Und ich darf Ihnen sagen: Nein, wir haben keinen Handlungsbedarf. Die Prozesse laufen alle richtig.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich danke für die Antwort. Betreffend der Datenschuttschulung möchte ich einfach sagen: Ich war selbst schon einmal Beiständin für Finanzangelegenheiten und stellte dort fest, dass das Datenschutzwissen in jenem Fall äusserst gering war. Beim Kanton mussten vor zwei Jahren alle, auch die, die bereits eine separate Schulung in Datenschutz genossen hatten, eine elektronische Schulung durchlaufen. Das war ein kurzer Kurs, der sicher auch für KESB-Mitarbeiter geeignet wäre.

Ich komme zu meinem zweiten Fragenkomplex. Ich habe mitbekommen, dass mindestens ein Allschwiler Handwerksbetrieb auf der Suche ist nach einer neuen Werkstatt, und zwar kam der Betrieb in die Situation, dass bei ihm in der Umgebung ein Wohnhaus gebaut wurde. Und obwohl er keine grossen Emissionen verursacht, hat er jetzt das Problem, dass er seine Arbeitszeiten einschränken muss. Offenbar werden im Gewerbegebiet Ziegelei Mietverträge nur noch bis 2020 abgeschlossen, weil die Investoren davon ausgehen, dass sie später teuren Wohnraum schaffen können. Es kommt natürlich für einen Handwerksbetrieb, der in Allschwil bleiben möchte, nicht infrage, dass er für zwei Jahre in ein Provisorium geht und nicht weiss, wo er nachher hinkommt. Dazu meine Fragen an den Gemeinderat: 1. Was für Gewerbe möchte der Gemeinderat im Gewerbegebiet Ziegeleiareal haben? 2. Was für Versprechungen hat der Gemeinderat den Investoren im Gewerbegebiet Ziegelei gemacht? Bestehen überhaupt solche Versprechungen? 3. Wo sollen Handwerker in Zukunft mit ihren Werkstätten, die geringere Emissionen verursachen, Platz finden? 4. Sind sie in Allschwil überhaupt noch willkommen?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herzlichen Dank erst einmal, dass du uns Gelegenheit gegeben hast, uns auf die Beantwortung dieser Fragen ein wenig vorzubereiten. Du hast sie uns ja bereits am letzten Freitag zugestellt. Ich nehme im Namen des Gemeinderats wie folgt Stellung, wobei ich davon ausgehe, dass es um die Zukunft des Gewerbegebiets Binningerstrasse/Ziegelei geht. Es ist ja so, dass wir derzeit daran sind, das Räumliche Entwicklungskonzept REK zu erarbeiten. Dieses war schon zweimal Gegenstand von Veranstaltungen, eine davon eigens für das Gewerbe. Eine weitere Veranstaltung war für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil offen. Beide fanden hier drin stand. Inzwischen gibt es einen ersten Entwurf des REK, zu welchem man von September bis Dezember letzten Jahres, wenn ich mich richtig erinnere, Stellung nehmen konnte. Parteien, Gewerbebetriebe, KMU konnten hier mitwirken. Die Stellungnahmen werden einfließen in die Vorlage, die dann im Frühling dem Einwohnerrat präsentiert werden soll. Das Dokument findet man auch auf der Homepage. Die Mitwirkung konnte dort elektronisch erfolgen oder per von Hand ausgefüllter Stellungnahme. Auf S. 72/73 steht etwas über den Masterplan Binningerstrasse. Es heisst dort, dass weiterhin, wie bisher, Gewerbe, Einkaufs- und Dienstleistungszentren gewünscht sind. Es wird weiterhin Gewerbe und die Option eines KMU-Clusters geben. Es wird ein angemessenes Angebot an Detailhandel und Gastronomie geben. So viel zu Frage 1. Der Einwohnerrat hat übrigens auch schon einen weiteren Schritt dazu beschlossen, in dem er im Budget für den Masterplan Binningerstrasse einen Betrag gewährt hat, mit welchem wir ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Masterplans beauftragen können. Es gibt einen Vorschlag dazu, wie das in etwa angedacht ist. Es gibt dort Vorranggebiete mit Arbeit, und es gibt Vorranggebiete mit Mischzonen. Das wird hier im Einwohnerrat diskutiert werden, und daraus wird dann auch die Vorbereitungsarbeit für eine Zonenreglementsänderungen erwachsen, die, wenn alles gut geht, im Jahr 2023 – plus/minus – wird in Kraft treten können. D.h., wir werden uns noch zweimal im Einwohnerrat über diese Zonenentwicklung unterhalten.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat macht grundsätzlich keine Versprechungen an irgendwelche Investoren. Sondern er lädt Investoren wie auch andere Leute zu einer Stellungnahme und Mitwirkung ein, so, wie das im Raumplanungsgesetz vorgesehen ist. Dort können die Investoren und sonstige Nutzer selbstverständlich von ihrem Mitwirkungsrecht Gebrauch machen.

Frage 3: Die Frage von Emissionen wird im Kanton Baselland über das Umweltschutzgesetz geregelt. Jeder Betrieb muss den Umweltschutzvorschriften entsprechen, wenn er neu bauen will. D.h., er muss seine Emissionen zum Beispiel mit entsprechenden Filteranlagen, wenn es um Staub oder Geruch geht, eindämmen. Malerbetriebe müssen auch ihre Abwässer entsprechend behandeln, ehe diese in die Kanalisation gelangen. Wenn also ein Handwerker eine Werkstatt neu bauen will, dann ist er uns selbstverständlich herzlich willkommen in Allschwil. Aber er muss sich natürlich an die kantonale gegebenen Umweltschutzbestimmungen halten. Da geht es das wirklich immer um Investitionen, und darum, wer sie tätigt. Ist das der Grundeigentümer, oder ist es der Mieter? Die Frage stellt sich aber in jedem Fall, ob das nun ein reiner Gewerbebau oder ein Mischbau ist.

Die letzte Frage ist natürlich ein wenig hypothetisch. Der Gemeinderat hat sich in den bereits erwähnten Workshop auch darüber unterhalten, wie man mit den verschiedenen Gewerbebetrieben umgehen will. Wir möchten kein Klumpenrisiko. Uns sind sowohl kleinere wie auch mittlere und grössere Unternehmen in Allschwil herzlich willkommen. Das steht übrigens auch so in unserem

Leitbild. Also: Ja, Handwerker sind uns willkommen. Aber wir sehen im Gemeinderat natürlich auch, dass es schwierig ist, in einer G 15-Zone einen reinen Gewerbebetrieb anzusiedeln, der dann auch noch für den Grundeigentümer nützlich und profitabel und gleichzeitig für den Nutzer bezahlbar ist, und ein Neubau ist immer teurer. Das wissen wir auch. Dort befinden wir uns ein Stück weit in einem Dilemma. Der Gemeinderat sieht es nicht als sehr sinnvoll und nützlich an, irgendwelche Gewerbegebiete von der G 20- oder G 15-Stufe herabzustufen. Auf diese möchten wir nicht verzichten.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Also wenn ich diese Antwort richtig verstehe, möchte der Gemeinderat im Gewerbegebiet Ziegelei eine Mischzone haben. Und wie das Beispiel, dass ich mitbekommen habe, und wie auch weitere Beispiele zeigen, eignet sich das dann nicht mehr für Handwerksbetriebe. D.h. also schlicht, wer den alten Ort verlassen muss, verlässt Allschwil. Ist das wirklich die Meinung des Gemeinderats, dass ein Handwerksbetrieb, der eben gewisse Emissionen hat, in Allschwil nicht mehr willkommen ist?

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Darf ich kurz unterbrechen. «Die Fragen werden vom Gemeinderat möglichst kurz mündlich beantwortet.» Ein, zwei Sätze des Gemeinderats, und fertig. Jetzt geht es meiner Meinung nach schon eher um eine Interpellation.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Die Fragen sind am Freitag eingegeben worden, und die könnte man mit einem oder zwei Sätzen beantworten. Wenn der Gemeinderat dazu längere Ausführungen macht, kann ich nichts dafür.

**Simon Maurer**, Präsident: Herr Morat, möchten Sie zur Anschlussfrage noch in ein, zwei Sätzen Stellung nehmen?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich könnte es mit einem Wort sagen: Nein. Natürlich wollen wir diese Leute nicht loswerden. Es ist so, wie ich sagte, ich möchte es aber jetzt wirklich nicht noch mehr in die Länge ziehen. Sämtliche Betriebe sind nach dem Leitbild des Gemeinderats in Allschwil willkommen. Bei der Frage, ob ein Emissionen verursachender Gewerbebetrieb in Allschwil bleiben kann oder nicht, geht es aber nicht nur um die Frage nach einer reinen Gewerbezone oder einer Mischzone, sondern dazu müssen noch eine ganze Reihe anderer Fragen beantwortet werden. Und gedanklich als letztes Wort zu dem Thema – ich freue mich auf die Auseinandersetzung zum REK und die Zonenreglementierung. Dort können diese Fragen geklärt werden. Im Übrigen finde ich es schade, dass nicht alle politischen Parteien von der Mitwirkungsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben. Ich weiss, wir alle sind mit einer ganzen Menge Sachen beschäftigt. Aber trotzdem: Das Räumliche Entwicklungskonzept REK Allschwil 2035 – das ist die Zukunft, dort drin werden die Entwicklungsmöglichkeiten beschrieben, die Allschwil haben soll, und der Gemeinderat ist sich der Brisanz dieses Themas durchaus bewusst und versucht, die Dinge so geregelt zu bekommen, dass wirklich alle Platz haben.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: In einem Einwohnerratsversand haben wir letzten Sommer/Herbst eine wunderschöne Broschüre erhalten «Altersfragen – was, wann, wie, wo, warum?». Ich gab sie meinen Eltern, die sehr begeistert waren. Ich möchte gerne wissen, wie die Senioren erfahren, dass diese Broschüre existiert und wo sie aufgedeckt ist.

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Es ist so, dass diese Broschüre eigentlich überall aufliegt, wo wir Kontakt haben, zuerst natürlich in der Gemeindeverwaltung, aber auch im Alterszentrum, in Altersverein. Wenn man irgendwo Kontakt sucht, kann man sie dort beziehen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage zur vor-vorhergehenden Situation. Wieso ist draussen ein Ballspielverbot-Schild aufgehängt, wenn doch gar nicht sicher ist, ob der Schaden vom Ballspiel herkommt? Und noch etwas: Es ist schon ein paar Wochen her, dass ich mich einmal in Bezug auf dieses Schulhaus auf die Äste hinaus begeben habe und sagte, eine solche Fassade an einem Schulhaus sei unsinnig, man hätte gescheiter eine Betonwand hochgezogen. Es hiess dann, man werde die Sache abklären, ungefähr im gleichen Sinne wie die heutige Antwort: Wir wissen um diese Löcher, wir klären es ab. Es wäre schön, wenn irgendwann einmal eine verbindliche Antwort käme und vor allem auch eine Lösung, die kindgerecht ist und nicht Augenmass-gerecht. So, dass Kinder Kinder sein dürfen.

**Simon Maurer**, Präsident: Und was war jetzt die Frage, Herr Zimmermann?

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Eben, wann diese Antwort zu erwarten ist. Und zuerst fragte ich, wieso es ein Ballspielverbot gibt, wenn gar nicht sicher ist, ob der Schaden von einem Ball herkommt.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Wir reden also von dieser Keramikfassade. Dass die Löcher hat, ist mir auch aufgefallen. Das an der Glasfassade war mir nicht aufgefallen. Wir wissen nicht, woher die Löcher in dieser Keramikfassade kommen. Es ist aber natürlich so, dass man in einer Baubewilligung gewisse Dinge beachten muss, und zwar muss man ein Gebäude rundum dämmen. Diese Dämmung ist über der Tragekonstruktion aufgebracht worden und musste dann mit irgendetwas verkleidet werden. Diese Verkleidung, das stand von Anfang an fest, war irgendetwas wie ein Leichtputz. Dass dieser noch mit einer Keramikschicht verstärkt wurde, wurde so geplant und ausgeführt, weil es darum ging, dass diese Fassade auch einiges aushalten müsse. Nun stellt sich heraus, dass sie nicht ganz alles aushält, was in den vergangenen anderthalb Jahren sich hier an Leben, auch an kindgerechtem Leben abgespielt hat. Und jetzt muss man der Sache nachgehen. Das ist die eine Sache. Die andere ist: Ich weiss nicht, wer dieses Ballverbot-Schild aufgehängt hat, und ich habe vorhin dem Kollegen Vogt gesagt, wir müssen dieser Sache nachgehen. Es gibt sicher irgend eine Betriebs- oder Benutzungsordnung, die von der Schule her kam. Da haben wir nicht hineingeredet, das ist Sache der Schule, des Nutzers, wie er mit dieser Fläche umgehen will. Aber wir werden der Sache nachgehen und es entsprechend kommunizieren, wenn wir wissen, wer das Schild aufgehängt hat. Aber Tatsache ist: Auf dem Platz darf man natürlich *schutten*, nach Herzenslust.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich mache es ganz kurz. Meine Frage hat sich erledigt, danke.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Meine Frage hat mit dem Sport zu tun und dem kommenden Sommer. Wie wir alle wissen, haben wir eine sehr tolle Beachvolleyballanlage beim Schulhaus Neuallschwil. Diese ist kostenlos für jedermann nutzbar. Und ich denke, auch wenn sie kostenlos ist, darf man sie nicht einfach verlottern lassen. Sie sollte den Sommer hindurch einen gewissen Qualitätsstandard haben. Mir ist von vielen begeisterten Sportlern, die dort immer wieder spielen, zu Ohren gekommen, dass, je länger der Sommer angedauert hat, einerseits die Netzspannung nicht mehr gewährleistet war, dass die Verankerungen der Markierungen im Boden nicht mehr adäquat waren und auch der Sand etwas verunreinigt ist. Dazu habe ich folgende Fragen: Wer ist für den Unterhalt dieser Beachvolleyballanlage verantwortlich? Und welche Instanz könnte man kontaktieren, wenn man irgendwelche Mängel feststellt?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei dieser Beachvolleyballanlage handelt es sich um eine saisonale Anlage, die vorwiegend im Sommer bespielt wird. Deswegen konzentriert sich die Gemeinde auf das Sommerhalbjahr. Der Unterhalt erfolgt durch die Mitarbeiter der Gemeinde Allschwil. Wenn man melden möchte, dass etwas nicht mehr richtig funktioniert, dann kann man sich an die Abteilung Gebäudebewirtschaftung oder Facilitymanagement wenden, diese befindet sich im Bereich Bau-Planung-Umwelt. Die heute vorhandene Infrastruktur wie Netze etc. werden wir natürlich weiterhin nutzen. Sollte sich aber zeigen, dass sie nicht mehr brauchbar ist, muss man Überlegungen anstellen.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Merci für diese Beantwortung. Ich hätte noch ein paar Inputs, die mir die Volleyballbegeisterten gegeben haben. Es ist sicher gut, wenn die Anlage anfangs Saison in Ordnung gebracht wird. Aber man sollte vielleicht weiterdenken und das Netz durch ein solches ersetzen, das man selbstständig von Hand spannen kann. Dies war eines der grössten Bedürfnisse, die mir genannt wurden. Dann hat man eine Win-win-Situation. Die, die dort Sport treiben, schauen dazu, dass das Netz wirklich gespannt ist, und es muss nicht dauernd jemand von der Gemeinde vorbeischauchen, denn die Gemeindemitarbeiter haben ja sicher Wichtigeres zu tun. Und noch ein weiterer Input, den ich gerne loswerden möchte: Die Öffnungszeit von derzeit bis 21:00 Uhr sollte man vielleicht etwas verlängern. Wir haben ja vor einem Jahr auch das Polizeireglement dahin angepasst, dass am Freitag und Samstag erst ab 23:00 Uhr Nachtruhe geboten ist. Ich denke, das könnte man auch bei dieser Anlage so haben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Das Stichwort Polizeireglement ist für mich ein Steilpass. Es ist ja, wenn ich das recht sehe, seit diesem Jahr gültig, womit diverse Änderungen in Kraft treten. Wie wird die Allschwiler Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt? Wir konnten ja auch eine Lichtsmoginitiative lancieren, die grossmehrheitlich angenommen wurde. Wie wird der darin zum Ausdruck gekommene Wille kommuniziert? – Und noch eine Zusatzfrage zum Beachvolleyballfeld: Mir ist einmal zu Ohren gekommen, dass es nächsten Sommer aufgehoben werden soll, weil an dieser Stelle das Planungsbüro für die Bauarbeiten an der Baslerstrasse errichtet werden soll. Stimmt das? Und wenn ja, hat man adäquaten Ersatz?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Die letzte Frage kann ich beantworten. Es ist angedacht, dass dieses Feld benötigt wird wegen der Sanierung der Baslerstrasse. Aber ein konkreter Zeitpunkt steht noch nicht fest, und wo es allenfalls einen Ersatz gibt, weiss man noch nicht. Aber die Idee ist ganz sicher, dass es einen Ersatz geben muss. Wie ich gerade höre, wird dies frühestens im Jahr 2019 sein. – Was das Polizeiregiment angeht, so haben wir schon einmal im Allschwiler Wochenblatt darüber berichtet, als es eingeführt wurde.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Anschlussfrage zum Thema REK. Ich habe vorhin die Äusserung, die Fraktionen hätten sich nicht mehr geäussert, mit einem gewissen Unmut zur Kenntnis genommen. Wir hatten doch eigens diese REK-Echogruppe, deren Grundidee war, dass deren Ergebnisse in die Fraktionen zurückgegeben werden. Ich hätte nun gerne, dass der Gemeinderat allen Fraktionen eine Liste zukommen lässt, in der genau aufgelistet ist, welche Fraktion welche Punkte eingebracht hat. Denn das ist geschehen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich muss den Prozess noch einmal anschauen. Aber ich glaube nicht, dass in der Echogruppe Fraktionsmeinungen abgeholt wurden. Ich werde mich aber kundig machen und dann eine Antwort geben. Das hat aber nichts mit dem Mitwirkungsverfahren zu tun. Das jetzige Mitwirkungsverfahren ist eine andere Ebene.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Es war soeben ein Thema, wohin der Beachvolleyballplatz verlegt werden könnte. Wir haben vor einiger Zeit einmal darüber gesprochen, dass der Spielplatz hinter dem Traumwartehäuschen der Station Kirche potthässlich sei, und das ist er ja auch. Vielleicht könnte man den Beachvolleyballplatz dorthin zügeln, dann sähe dieser Platz etwas attraktiver aus. Allerdings läge er dort etwas näher bei Mietwohnungen.

**Simon Maurer**, Präsident: Sehe ich recht, dass dies keine Frage war? – Somit ist die Fragestunde beendet. Vielleicht schaffen wir jetzt noch die beiden letzten Traktanden.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 05.09.2017, betreffend Support für Gemeinschaftsbildung (in der Zivilgesellschaft)

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4348

---

**Simon Maurer**, Präsident: Ich übergebe das Wort an den Gemeinderat, falls er noch etwas dazu sagen möchte. – Das ist nicht der Fall. Wenn es also keinen Gegenantrag zur Überweisung des Geschäfts gibt, gilt das Geschäft als überwiesen. Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Das Geschäft 4348 ist stillschweigend an den Gemeinderat überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 17.10.2017, betreffend Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den

Bereich Altersbetreuung in Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4358

---

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Sie haben gesehen, der Gemeinderat beantragt Nichtentgegennahme. Ich muss dazu ein bisschen ausholen, und zwar über gewisse politische Wege, die man begehen kann. Wenn man ein Postulat einreicht, dann weiss man, dass alle Fraktionen sich

---



darüber unterhalten, dass der Gemeinderat sich Gedanken macht, dass also alle daran arbeiten. Wenn man dann am Tag vor der Sitzung – weil man gemerkt hat, dass das Postulat vielleicht nicht so gut ist – schriftlich eine Änderung einbringt, dann ist das eine relativ heikle Geschichte, oder fast eine unanständige Geschichte gegenüber denen, die sich bis jetzt Arbeit gemacht haben, um auf das Postulat eine Antwort zu geben. Wir hatten das selbstverständlich im Gemeinderat angeschaut und waren der Meinung, dass wir es, vor allem vom zeitlichen Rahmen her, nicht entgegennehmen können. Mit der Lösung, die jetzt vorgeschlagen wird für das vierte Quartal, können wir es entgegennehmen. Aber das darf in Zukunft nicht der Weg sein, dass, wenn man merkt, wie die Stimmung bezüglich eines Postulats ist, es so umschreibt, dass es dann durchkommt. Wenn man ein Postulat einreicht, muss man sich diese Dinge vorher überlegen. Von der Sache her sind wir daran. Es ist nicht ganz einfach. Wir haben im Moment des APG, das hinten dran ist, wir haben die Regionalisierung, aufgrund der wir mit Binningen und Schönenbuch zusammenarbeiten müssen. Und in diesem Kontext sind wir daran, die Zahlen zu eruieren. Wir nehmen es also in dieser Form entgegen.

**Simon Maurer**, Präsident: Der Antrag des Gemeinderats lautet also, dass Postulat in der angepassten Form vom 21.01.2018 entgegenzunehmen.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Da muss ich Roman Klauser ganz klar widersprechen. Es geht hier um einen politischen Prozess. Es geht um ein relativ wichtiges Thema. Und was mich schon im Vorfeld ziemlich stinkig gemacht hatte, war, dass es ziemlich auf die lange Bank gestorben worden war. Zehn Prozent unseres Budgets betreffen die Altersbetreuung, Tendenz steigend. Im Moment sind 100 Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Betten fremdplatziert, also nicht in Allschwil, Tendenz steigend. Die Betten in Allschwil sind zu 100 % oder mehr ausgelastet. Das aktuelle Alterskonzept ist von 2011. Damals war noch keine EL-Obergrenze bekannt. Versorgungsregionen waren noch kein Thema. Und die demografische Entwicklung ändert sich auch dauernd. Im aktuellen Alterskonzept sind für die nächsten vier Jahre strategische Ziele in der Altersbetreuung definiert. 2011 + 4 macht 2015. Heute sind wir im 2018. Bereits vor sieben Monaten hat die FDP-Fraktion gefragt, wann man mit einem angepassten Alterskonzept rechnen könne. Bis dato ist nichts passiert. Die FDP-Fraktion sieht darum einen dringenden Handlungsbedarf, dass die Strategie umgehend ausgearbeitet wird, laufen doch Verhandlungen über die Versorgungsregionen. Und ohne klare Strategie wird Allschwil das erhalten, was die anderen vorhaben, aber nicht das, was wir wollen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es unabdingbar, dass die örtlichen Leistungserbringer in die Ausarbeitung dieser Strategie mit einbezogen werden. Die Basis weiss, wo der Schuh drückt. Die Basis kennt die Bedürfnisse der Kunden – das sind unsere Urgrosseltern, unsere Grosseltern und unsere Eltern – am besten. Wie stark die Informationen der örtlichen Leistungserbringer in die Ausarbeitung der definitiven Strategie eingebunden werden, ist schlussendlich allein die Entscheidung des Gemeinderats. Diesbezüglich schreiben wir auch nichts vor. Mit der Reorganisation der Verwaltungsstrukturen ist der Gemeinderat durch die neu eingeführte Geschäftsleitung von operativen Geschäften entlastet worden. Somit sind wir der Meinung, dass er zuständig ist für die Festlegung der Strategie und auch die Ressourcen für die Ausarbeitung dieser Strategie hat. Nach über sieben Jahren ist es überfällig, dass die Strategie mit den neuen Rahmenbedingungen ausgearbeitet wird. Darum sind wir froh, dass der Gemeinderat jetzt Einsicht zeigt und das Postulat entgegennimmt.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Es ist sehr schön, dass wir einsichtig sind. Das Thema ist für uns ein sehr wichtiges. Das wissen wir, und daran arbeiten wir. Du bist in gewissen Kommissionen dabei und weisst genau, wo uns der Schuh drückt, und wo wir in gewissen Momenten schnell reagieren können, und wo nicht. Aber wir haben ein APG, wir haben im gesamten Kanton gewisse Auflagen. Wir machen die Arbeit und legen sie vor, wenn es soweit ist.

**Simon Maurer**, Präsident: Diskussion ist nur vorgesehen, wenn es einen Gegenantrag gibt.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich muss etwas sagen. Roman Klauser, was heisst «APG»? Ich wäre froh, wenn du nicht immer in solchen Abkürzungen reden würdest.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Es ist das neue Alters- und Pflegegesetz, dass wir jetzt haben.

**Simon Maurer**, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag zur Entgegennahme? – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Das Geschäft 4358 in der angepassten Form vom 21. Januar 2018 ist stillschweigend an den Gemeinderat überwiesen.

**Simon Maurer**, Präsident: Somit haben wir alle Traktandum, die nicht verschoben werden, behandeln können. Es ist 21:00 Uhr. Ich wünsche allen eine gute Zeit, schöne Fasnacht oder schöne Skiferien.

ENDE